

Alte Kameraden, z.B. Jörg H. (50)

„Alle relevanten Konzepte und manipulativen Techniken rechtsextremer Ideologie sind vertreten: Volksgemeinschaft, biologisch-rassistisch akzentuierter Nationalismus, Schaffung von Sündenböcken, Provozierung von Gruppenhaß und Ausgrenzung z.B. von Slowenen, Juden, Intellektuellen, Künstlern, Sozialisten, Kommunisten usw.; nationales Geschichtsbild und nationalistische Geschichtsfälschung, Identifizierung mit der Gesamtheit deutschnationaler Geschichtsschreibung, Negierung der Ergebnisse der Zeitgeschichte und Politikwissenschaft zum Nationalsozialismus, Aufwertung und Verharmlosung faschistischen Gedankenguts, Legitimierung von Kriegsverbrechen."

Aus einer wissenschaftlichen Stellungnahme zum von Jörg Haider (FPÖ) 1987 herausgegebenen „Kärntner Grenzland-Buch".

Vorwort

Also diese ZECK ist unter erschwerten Bedingungen und unter mehreren systemabsturzbedingten Schweißausbrüchen zustande gekommen. Aber die Mühe hat sich doch hoffentlich gelohnt und darum könnt Ihr die neue Auflage in der Hand halten. Leider müssen wir den in der letzten Ausgabe bereits angekündigten Psychotest aus Platzgründen auf die nächste Ausgabe verschieben - nicht traurig sein.
Ansonsten findet Ihr u.a. weitere Informationen zu den RZ-Verfahren, eine Ankündigung zum Flüchtlingskongress in Jena im Frühsommer und ein Diskussionspapier über die Zukunft des Stadtteilstraßenfestes. Das steht wohl in Frage und das wäre doch schade.
Wir haben einen Auszug aus dem Buch „Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken" mit einem Text der „gruppe demontage"! aufgenommen und kündigen hiermit eine ausführliche Rezension für die nächste Ausgabe an (und das wird nicht verschoben...!).
Euch viel Spaß beim Lesen, uns eine kurze Erholungspause.
In diesem Sinne...

Die Redaktion

Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsangabe





Kurzes

RZ Verfahren

Am 9.3., voraussichtlich um 19:30, wird es in der Roten Flora eine Veranstaltung zum Stand der Verfahren gegen die in Frankfurt und Berlin Verhafteten geben. Durch die Aussagen des Verräters aus Berlin stehen den Bullen nach wie vor eine unbekannte Menge an Namen und Informationen zur Verfügung. Um den Bullen nicht noch mehr Hinweise zukommen zu lassen, ist es absolut wichtig, nie und nirgends rum zu spekulieren wer, was oder welche Verbindungen gemeint sein könnten. Anna und Arthur haltens Maul!
Achtet auf aktuelle Ankündigungen.

Demo für die Anerkennung der Rechte der NS-ZwangsarbeiterInnen

Am 10.3. wird um 17:00 Uhr an der Hamburger Handelskammer eine Demo beginnen gegen die Haltung der deutschen Wirtschaft und Politik gegenüber den Forderungen der ehemaligen NS-ZwangsarbeiterInnen. Seit Jahrzehnten versucht Deutschland sich aus der Verantwortung zu nehmen und sämtliche Forderungen nach „Entschädigung" juristisch abzubügeln. Mit dem jetzt auf internationalen Druck zustandegekommenen Entschädigunsfond „Erinnern, Verantwortung, Zukunft" soll durch Zahlung einer im Verhältnis gesehenen lächerlichen Entschädingssumme dieses Thema endlich abgeschlossen werden. Pünktlich zum neuen Jahrtausend soll Geschichte endlich Geschichte werden und die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen sich durch Verpflichtungserklärungen, keine weiteren Forderungen mehr zu stellen, an der Entsorgung deutscher Geschichte mitwirken.
Die Demo soll die Forderung der Betroffenen nach sofortiger Zurverfügungstellung und bedingungsloser Auszahlung der Gelder unterstützen und gegen die Entsorgungsbestrebungen deutscher Geschichte mobilisieren.
Achtet auf aktuelle Plakate.

Antikriegstag am 24.3.

Am 24. März 2000 jährt sich zum ersten Mal der Beginn des Kriegs gegen die jugoslawische Bundesrepublik. Um die neue Qualität des deutschen Militarismus und die wachsenden Großmachtsphantasien, die durch die Kriegsteilnahme kräftigen Vorschub erhielten, nicht unkommentiert stehen zu lassen, soll dieses Datum Anlaß sein, Aktionen gegen deutsche Kriegspolitik, Historisierung der NS-Vergangenheit und Vormachtansprüche in Europa zu bündeln.

Aktuelle Infos gibt's jeden Sonntag zwischen 11 und 16 Uhr in der B 5 beim antimilitaristischen und antiimperialistischen Frühstück.
Brigittenstraße 5, Hamburg-St. Pauli

VOKÜ aktuell

Das Kochkollektiv braucht dringend Unterstützung!!
Dazu gibt es ein Treffen am **Do. 9.3.2000, in der VOKÜ der roten Flora.**
Desweiteren muß das Kochen wohl bis April ausfallen.

18. März – Kundgebung und Tanzen am Tag der politischen Gefangenen

„Für die Freiheit der politischen Gefangenen" ist – vielleicht mehr denn je - ein fernes Ziel. Muss der Weg dorthin doch vielfach neu- und überdacht, von vielen überhaupt beschritten werden, als Teil der eigenen politischen Arbeit. Trotzdem gilt es nicht im Stillschweigen zu verharren, und so ruft ein Bündnis verschiedener Hamburger Gruppen am 18. März zur Kundgebung vor dem Knast in Fuhlsbüttel auf: Zur Unterstützung all jener Gefangenen, die sich gemeinsam mit ihrer Gefangenenvertretung gegen Rassismus und willkürliche Unterdrückung einzelner zur Wehr setzen und trotz der Umstände um Solidarität kämpfen. In Santa Fu sitzen zur Zeit 580 Gefangene verschiedenster Herkunft darunter auch 60 Kurden.

Treffpunkt: 16Uhr, S-Bahn-Haltestelle Ohlsdorf

Ragga meets HipHop – D-Flame bakked by Silly Walks Movement

Ab 22 Uhr kann dann für AZADI (Freiheit) – die kurdische Rechtshilfeorganisation – getanzt werden, was das Zeug hält.
Zur Foundraising-Party konnte der neue Stern am Eimsbush Entertaiment Himmel DJ/MC D-Flame aus der Frankfurter Nord-West-Stadt gewonnen werden. An den Turntables steht an diesem Abend niemand geringeres als No.One Selector Oliver vom Silly Walks Movement.


Coup de tête (1re phase).


Coup de tête (2ème phase).



LES SPORTS DE DÉFENSE

Wer glaubt, ein Knast steht ewig ...

Zur Verhaftung von Axel H., Harald G. und Sabine E., zur Abschiebung von Frank L. und Alisia L. und zur Erstürmung des MehringHofes

Am Sonntag, 19. Dezember 1999, stürmten um 6.00 Uhr schwer bewaffnete Spezialeinheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz die Privatwohnungen von Axel H. und Harald G. in Berlin. Anschließend wurden sie nach Karlsruhe gebracht, wo ihnen am 20.12.1999 Haftbefehle verkündet wurden. Im selben Zusammenhang erfolgte in Frankfurt a.M. die Verhaftung von Sabine E.. Zeitgleich wurde die Umgebung des MehringHofes in Berlin-Kreuzberg – der Arbeitsstelle von Axel und Harald – von ca. 1.000 PolizeibeamtInnen umstellt. BeamtInnen verschiedener Bundesländer und Bundesgrenzuschutz samt Spezialeinheiten durchsuchten mit Schnüffelhunden den MehringHof nach einem Sprengstoff- und Waffendepot, das sich dort befinden sollte. Hohlräume wurden aufgestemmt, Türen aufgebrochen, bis spät in den Abend hinein wurden alle Räume durchsucht – gefunden wurde nichts.
Festgenommen wurden bei der Durchsuchung Frank L. und Alicia L., zwei Flüchtlinge, die sich gegen Ende einer Fete noch am Morgen im MehringHof aufgehalten haben. Sie wurden in Abschiebehaft genommen und sind mittlerweile nach Weißrußland und Bolivien abgeschoben.
Die Verhaftungen und Durchsuchungen werden von der Bundesanwaltschaft damit begründet, daß Tarek Mousli – der wenige Wochen vorher von der Bundesanwaltschaft (BAW) wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen (RZ) verhaftet worden war – Axel H., Harald G. und Sabine E. mit Aussagen belastet habe.
Axel H. soll danach Mitglied der RZ sein und ein Sprengstoff- und Waffendepot im MehringHof „betreut" haben. Harald G. und Sabine E. sollen gleichfalls Mitglieder der RZ bzw. der Roten Zora sein und an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar 1987 beteiligt gewesen sein. Tarek Mousli soll weiter behauptet haben, daß Harald G. und Sabine E. bei den Schüssen auf die Beine des damaligen Vorsitzenden Richters des Bundesverwaltungsgerichts Günter Korbmacher im Jahre 1987 beteiligt gewesen seien. Außerdem soll Sabine im Jahre 1986 einen Anschlagauf den einstigen Leiter der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg mitgewirkt haben – strafrechtlich sind letztere Vorwürfe nach Angaben der BAW verjährt.
Harald hat 1994 die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) mit begründet. Die FFM ist vor allem durch ihre kritische Recherche und durch ihre Publikationen zu den Auswirkungen der Festung Europa auf Flüchtlinge in den Grenzregionen sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern bekannt geworden. In den mittlerweile fünf Jahren FFM hatte Harald entscheidenden Anteil an der Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit. So hat er die Dokumentationsstelle „Menschenrechtsverletzungen an der Grenze" mit aufgebaut. Er hat den Versuch der staatlich erzwungenen Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in die Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen anhand der Verurteilungen von TaxifahrerInnen an den östlichen Grenzen Deutschlands recherchiert und öffentlich gemacht. Zuletzt beteiligte er sich an der Beobachtung eines Prozesses in Cottbus. Dort stehen junge Nazis vor Gericht, die im Februar 1999 einen algerischen Flüchtling in Guben in den Tod gehetzt hatten. Die Verhaftung von Harald reißt nicht nur eine große Lücke in die ohnehin personell schwierige Situation der FFM, sondern auch in die flüchtlingsunterstützenden Netzte wie den Flüchtlingsrat Brandenburg, dem Harald ebenfalls angehört. Eines seiner künftigen, von ihm bereits mit vorbereiteten Projekte ist die Mitarbeit am „Internationalen Menschenrechtsteam an der Grenze"; damit soll die kritische Beobachtung der polizeilichen Fahndungs- und Behandlungspraxis gegenüber Flüchtlingen an der östlichen Schengener Außengrenze zum regulären Aufgabenfeld international anerkannter Menschenrechtsgruppen werden.
Axel ist mit dem MehringHof seit seinem Bestehen eng verbunden. Bevor er die Stelle als Hausmeister antrat, war er Mitglied des Kneipenkollektivs Spectrum, das er seinerzeit mit gründetet. Das legendäre „Specci" war eine der ersten kollektiv geführten Berliner Szenekneipen und zog 1980 mit den ersten Projekten in den MehringHof ein. Das Spectrum war ein Ort, wo regelmäßig Solidaritätskonzerte, -feten und politische Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen stattfanden, die die Linke in den 80er Jahren bewegten. Nach Auflösung des Kollektivs wurde der Gewinn in ein Schulbauprojekt in Nicaragua gesteckt und in eine Seifenmanufaktur für salvadorianische Flüchtlingsfrauen. Gegen Ende der 80er Jahre hatte Axel an der Errichtung eines kommunalen Radios im Süden Nicaraguas mitgewirkt. Bis zu seiner Verhaftung war er in dem „Initiativkreis gegen den Schlußstrich" aktiv, der sich in Berlin im Zusammenhang mit dem geplanten Mahnmal für die ermordeten europäischen Jüdinnen und Juden gebildet hatte. Der Initiativkreis wendet sich dagegen, daß mit dem Holocaust-Mahnmal ein historischer Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen wird und es als Symbol einer abgeschlossenen Geschichte funktionalisiert wird. Axel, wie viele andere von uns, gehört jener Generation an, für deren Politisierung die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus ausschlaggebend gewesen ist.

(...)

Zum Sonder-Beweismittel des Bundeskriminalamts und der Bundesanwaltschaft: „Kronzeuge" Tarek Mousli

Die Durchsuchung des MehringHofs und die Haftbefehle beruhen – nach Angaben der Ermittlungsbehörden – ausschließlich auf den Anschuldigungen des „Kronzeugen" Tarek Mousli. Der Vorwurf, daß im MehringHof Sprengstoff und Waffen gelagert wären, wurde bereits zu Beginn der Polizeiaktion zu einem Schlag ins Wasser: im MehringHof wurde nichts davon gefunden. Tarek Mousli hat sich offensichtlich als „Kronzeuge" den Ermittlungsbehörden angedient, belastet sich selbst und hofft nun darauf, durch Angaben, die andere belasten, ungeschoren davon zu kommen.
Diesen Rollenwandel im laufenden Ermittlungsverfahren versucht die BAW mit Hilfe der am 31.12.1999 ausgelaufenen Kronzeugenregelung durchzusetzen. Die Mehrheit der Richter- und Anwaltschaft bezeichnet den Rollenwandel vom potentiellen Angeklagten zum Zeugen der Anklage wie insgesamt die Kronzeugenregelung als Verstoß gegen ein fundamentales strafprozessuales Prinzip. Kronzeugen werden von den Ermittlungsbehörden bei so genanntem Ermittlungsnotstand aufgebaut, das heißt in Situationen, in denen es keine Beweismittel gibt. Die strafverfolgenden Behörden verhören den Kronzeugen während der Ermittlungen und Strafprozesse weiter und können sie, die sich auf das Versprechen des Straferlasses und des späteren Zeugenschutzprogrammes eingelassen haben und sich in absoluter Abhängigkeit von seinen Verhörern befinden, je nach Opportunität auf neue Fährten setzen. Damit ist der Manipulation der Ermittlungsverfahren und der Strafprozesse durch BKA, BAW und anderen Behörden Tür und Tor geöffnet. Sie verschaffen sich damit ein von ihnen selbst kontrolliertes Instrument der Beweisproduktion.
In der Praxis hat dieses Sonderbeweismittel mehrfach dazu geführt, daß die Kronzeugen in den Strafverfahren angesichts ihrer sinkenden Glaubwürdigkeit immer absurdere Beschuldigungen vorbrachten. Denn sie klammern sich in ihrer Angst, den Erwartungen der Justiz nicht entsprechen zu können, an das Versprechen, daß der Strafnachlaß um so höher ausfallen wird, je gravierender die Taten sind, von denen Kronzeugen angeblich sprechen können.

(...)

Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Axel H., Harald G. und Sabine E. und protestie-

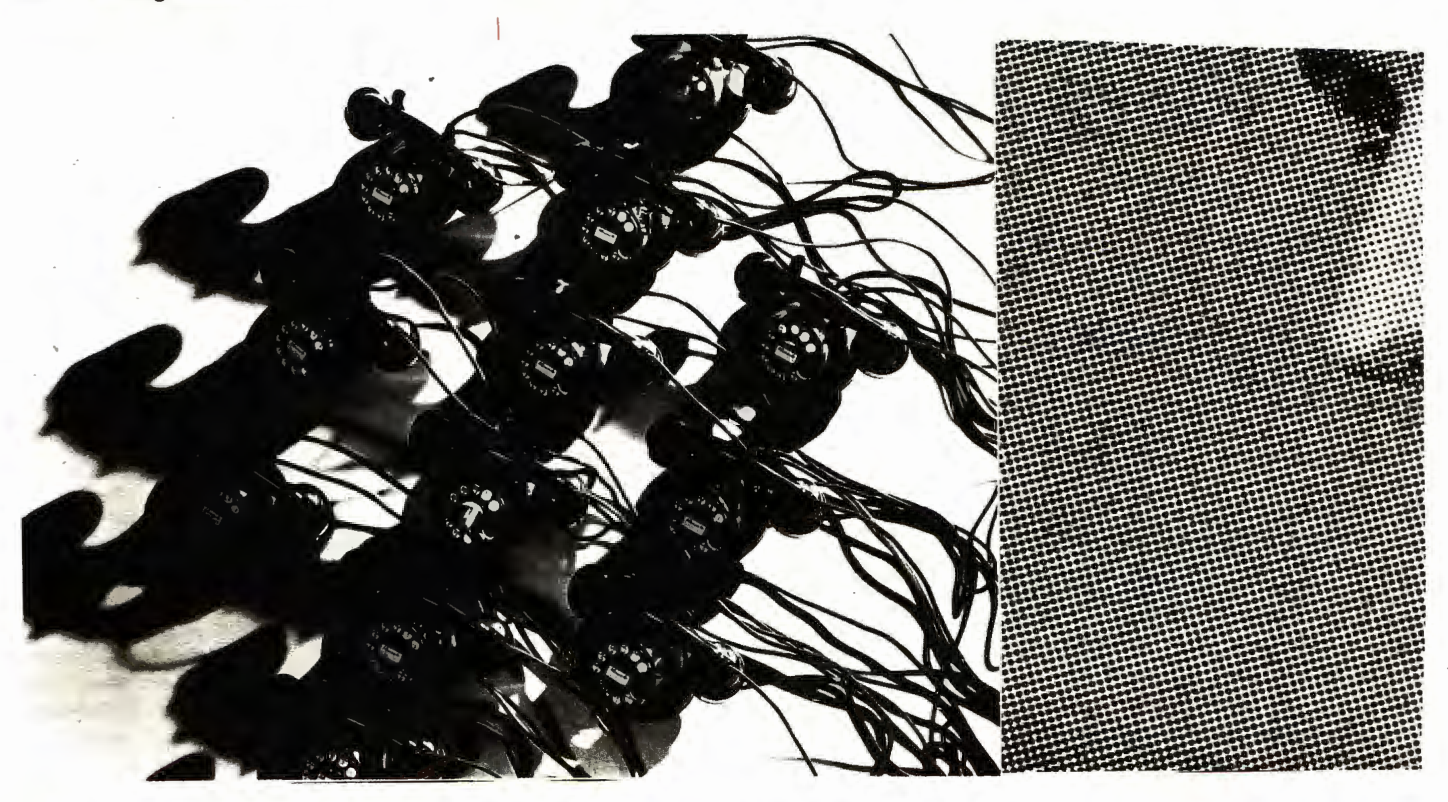
ren gegen die Abschiebung von Frank L. und Alicia L.

Bündnis für Freilassung

Schreibt den Gefangenen:
An **Axel Haug/Harald Glöde**
Über:
Generalbundesanwaltschaft
z.Hd. Staatsanwalt Monka
Brauerstraße 30
76137 Karlsruhe

an **Sabine E.:**
über das Solidaritätsbüro im MehrinHof
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

(aus: Zitronenfalter, 0Nummer)



Techniken polizeilicher Fahndung – ein kleiner Überblick

In einer losen Folge im Rahmen der bewegungsinternen Schulung soll an dieser Stelle das schädliche Tun der Repressionsinstanzen vorgestellt werden. Nachdem vor einer Weile das polizeiliche Handeln bei der Besetzung der SPD-Zentrale Gegenstand einiger Betrachtungen war, soll es heute um die vielfältigen Formen polizeilicher Fahndung gehen.

Grundsätzlich ist polizeiliche Fahndung zunächst immer eine Form der ideologisch motivierten Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen Polizeien. Fahndung setzt auf die Bereitschaft der Mehrheitsbevölkerung, staatliche Kriminalitätsdefinition zu akzeptieren und sich als Wertmassstab zu eigen zu machen. Immer schon ist mit hohem medialen Aufwand die Fahndung nach terroristischen Gewalttätern betrieben worden. Sendungen wie „aktenzeichen xy" waren Teil einer Fahndungsöffentlichkeit und wenn es um die „organisierte Kriminalität" von „Ausländern" geht, steht die bundesdeutsche Volksgemeinschaft fest zusammen. Dass es z.B. nie eine öffentliche Fahndung nach gesuchten Massenmördern des deutschen Faschismus gegeben hat, mal ganz zu schweigen von dem Einsatz der sog. „Zielfahndung" (s.u.) in diesem Kontext, ist nur ein offensichtlicher Beleg für die ideologische Komponente einer nicht nur rein kriminalistisch betriebenen Fahndung. Das als kurzer Anriss vorweg!

Die Öffentlichkeitsfahndung

Sie ist in der Regel tatnah angesiedelt bzw. anlassbezogen. Grund kann eine (tatsächliche oder vermeintliche) Straftat sein oder z.B. die gelungene Flucht aus einem Gefängnis. Soweit dieses Ereignis öffentliches Interesse hervorgerufen hat und die Medien darüber berichten, nutzt die Polizei diese öffentliche Aufmerksamkeit, um in diesem Zusammenhang Gesuchter habhaft zu werden. Der Klassiker ist die Fahndung mit Foto oder Phantombild und einer Personenbeschreibung. In der Regel ist diese Fahndungsform unmittelbar mit dem Nachrichtenwert des Fahndungsgrunds verknüpft. Bei einem „normaler" Banküberfall wird die Zeitspanne einer öffentlichen Aufmerksamkeit wesentlich kürzer sein, als bei einem Überfall mit Geiselnahme und Waffengebrauch oder gar einer Serie von Überfällen. Aber selbst bei spektakulären Fällen hat die Polizei manches Mal Schwierigkeiten, ihre Vorstellungen einer „effizienten" Öffentlichkeitsfahndung umgesetzt zu sehen, weil die Zwänge des journalistischen Tagesgeschäfts es nicht zulassen, solchen Fahndungsbegehren den nötigen Raum einzuräumen. Z. B. im Fall der Fahndung nach dem RAF-Kommando, das 1989 Herrhausen ins Jenseits beförderte, beklagte sich das BKA, dass ihre Aufrufe durch Kürzungen der Redaktionen sinnentstellt waren, unvollständig oder schlecht plaziert waren und deswegen nicht ausreichend wahrgenommen werden konnten. Aus diesem Grund verlässt polizeiliche Fahndung sich nicht ausschliesslich auf Medien, sondern geht mit eigenen Mitteln in die Öffentlichkeit.

Das Fahndungsplakat hat dabei im Gegensatz zur landläufigen Meinung vieler („alte Fotos", „die sehen sich doch gar nicht ähnlich") eine wichtige Rolle. Allein im Bereich der sogenannten „Terrorismusfahndung" sind zwischen 1975 und 1990 von 81 gesuchten Personen 31 aufgrund von Hinweisen der Bevölkerung im Rahmen der plakatgestützen Öffentlichkeitsfahndung festgenommen worden. Gisela Dutzi wurde 1983 festgenommen, weil ein Rentner sie nach dem gemeinsamen Warten vor einem Fahrkartenschalter kurz darauf auf einem im Bahnhof aushängendem Fahndungsplakat

wiedererkannte. Über einen Schalterbeamten liess er die Polizei verständigen, Dutzi wurde kurz darauf aus dem Zug heraus verhaftet. Im Fall der in der DDR untergetauchten RAF-AussteigerInnen waren es Hinweise von Arbeitskollegen, die den bundesdeutschen Polizeibehörden u.a. Anhaltspunkte für deren Aufenthaltsorte lieferten. Albrechts Arbeitskollgen hatten sie „im Westfernsehen“ auf alten Fahndungsfotos wiedererkannt und dann bei BRD-Besuchen Polizeidienststellen informiert.

Eine Studentin, die 1984 wegen eines Auslandsaufenthalts ihr WG-Zimmer an eine ihr bis dahin unbekannte Frau untervermietet, sieht ein Jahr später bei ihrer Rückkehr auf dem Bahnhof ein Fahndungsplakat. Sie erkennt darauf eine Frau wieder, die sie erst einmal in ihrem Leben gesehen hat: ein Jahr zuvor bei der Untervermietung ihres Wg-Zimmers. So stösst das BKA auf einen vorübergehenden Aufenthaltsort der als „RAF-Terroristin“ gesuchten Barbara Meyer.

Neben der Plakatfahndung gibt es flankierende Massnahmen, die auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten sind. Im Bereich der sog. Terrorismusfahndung wurden z.B. Förster und Jäger wegen möglicher Erddepots der RAF mit speziellen Fahndungsaufrufen bedacht. Autovermietungen, Zeitungskioske oder Betreiber von Ferienwohnungen wurden für „Verhaltensmuster terrorismusverdächtiger Personen“ sensibilisiert.

Die Rasterfahndung

Die geschilderten flankierenden Massnahmen der Öffentlichkeitsfahndung berühren einen anderen Bereich, der seit den 70er Jahren erheblich ausgebaut worden ist: den der Rasterfahndung. Bestimmte Verhaltensmuster oder andere Merkmale eines „charakteristischen Täter- und Täterinnenprofils“ werden zum Kriterium eines systematischen Sammelns und Abgleichens von Daten, Erkenntnissen oder Beobachtungen. Das kann die Erstellung von Benutzerprofilen von Bibliotheksausleihen sein, um Personen herauszufiltern, die sich mit „anschlagsrelevanten“ Themen, z.B. des militärisch-industriellen Komplexes beschäftigen bzw. einen Zusammenhang mit Bekennerschreiben herstellen zu können (zuletzt bei der AIZ-Fahndung geschehen). Dazu kann aber auch die systematische und flächendeckende Erfassung von Käuferinnen einer als bevorzugten Zünder für Sprengstoffanschläge verwendeten Weckermarke gehören. Und seitdem in Hamburg in jüngster Zeit öfter Patex als Brandbeschleuniger bei Anschlägen Verwendung gefunden hat, sollte mensch umständehalber ein wenig aufpassen. Und schliesslich sollte mensch nie glauben, dass irgend etwas der Polizei „zu aufwendig“ sei. Bei den Erpressungsversuchen „dagoberts“ hat die Berliner Polizei an Tagen geplanter Geldübergaben schonmal flächendeckend alle öffentlichen Telefonzellen Berlins observiert. Nachdem das BKA in den 70er Jahren feststellte, dass die damalige RAF anonyme Hochhaussiedlungen mit Tiefgarage und Autobahnanschluss bei Barzahlung von Miete und Strom bevorzugte, wurden in deutschen Großstädten entsprechende Wohnungen und deren Inhaber systematisch erfasst und verdeckt kontrolliert. In Südamerika wurde als eine Massnahme gegen die dortige Stadtguerilla in den Großstädten erfasst, in welchen Wohnblocks nachts ein vergleichsweise hoher Stromverbrauch festzustellen war. Dort könnten, so die Annahme, nächtliche konspirative Treffen Militanter stattfinden oder illegale Druckereien/Werkstätten betrieben werden.

Grundsätzlich ist das Mittel der Rasterfahndung im Zeitalter der Verfügbarkeit leistungsfähiger Computer und zunehmender Vernetzung vieler Lebensbereich (Geldautomaten, computergestützte Buchungssysteme in Bahnhöfen und Flugplätzen, maschinenlesbare Ausweise, Telefondatenspeicherung u.v.m.) ein effizientes Mittel polizeilicher Repression: eine verhältnismässig große Masse an Daten kann in einem überschaubaren Zeitrahmen erfasst und ausgewertet und aufbereitet werden und so Fahndungsansätze liefern. Dabei ergeben sich Dimensionen durchaus orwellscher Ausmaße. Die zunehmende Videoüberwachung des öffentlichen Raums oder zumindest von Knotenpunkten wie Bahnhöfen und Flughäfen hat es in sich: schon jetzt ist davon auszugehen, dass mindestens in Flughäfen die Überwachungskameras systematisch ausgewertet werden. Und da es schon heute technisch kein Problem mehr ist, mit dem Einsatz von Computern auf Videoaufnahmen einzelne Menschen zu identifizieren, deren Datensatz programmiert ist, heisst es aufgepasst (die sogenannte Bio-Telemetrie, d.h. bestimmte körperliche Merkmale sind einzigartig wie ein Fingerabdruck und können bei der Computerauswertung von Bildern erfasst und erkannt werden).

Die Zielfahndung

Die Zielfahndung ist die Fortsetzung der Öffentlichkeits- und Rasterfahndung mit besonderen Mitteln. Diese Fahndungsmethode geht zurück auf die Terrorismusfahndung der 70er Jahre, wird aber mittlerweile auch im Bereich „organisierter“ Kriminalität oder gegen andere mit großem polizeilichem Aufwand Gesuchter eingesetzt. Jedes LKA, das etwas auf sich hält, unterhält eine solche Zielfahndungsabteilung.

Das Selbstbild dieser Abteilungen strotzt vor Selbstvertrauen, gerne lassen sich diese Damen und Herren mit markigen Sprüchen wie „Wir kriegen sie alle...“ in der Presse zitieren. Und gerade dort tauchen ZielfahnderInnen immer gern in Reportagen als die Wunderwaffe polizeilicher Fahndung auf.

Dabei wird auch dort nur mit Wasser gekocht: die Philosophie der Zielfahndung geht davon aus, dass jeder Mensch, der sich dem Zugriff der Polizei entziehen will, immer noch genug „Spuren“ hinterlässt, um seiner schliesslich doch habhaft zu werden. Damit ist die ziemlich triviale Erkenntnis angedeutet, dass Menschen auch nach ihrem Untertauchen auf soziale Kontakte angewiesen sind, die ihnen zumindest das materielle Überleben sichern. Das vorausgesetzt, ist der Rest für die Polizei nur noch (computergestützt) Fleissarbeit. Wie in der Rasterfahndung verhaltenstypische Muster einer Tätergruppe erstellt werden, geschieht dies in der Zielfahndung personenbezogen: persönliche Daten, Krankheiten (am besten was Chronisches, so dass ärztliche Behandlung irgendwann unausweichlich wird...), sexuelle Orientierung, Schul- und Berufsausbildung, persönlich-familiäre Verhältnisse, FreundInnen und Bekanntenkreis, Geburtstage des sozialen Umfelds, Sprachkenntnisse, Auslandsaufenthalte in der Vergangenheit, Hobbys, benutzte Konto- und Kreditkarten, bevorzugte Musik oder Literatur und Zeitungen, Kalender und Adressbücher – nichts ist unwichtig, um einen Ansatzpunkt zu bekommen. Erkenntnisquellen können Durchsuchungsfunde, Vernehmungsprotokolle, Ermittlungsakten, aber auch freiwillige / unfreiwillige Aussagen aus dem KollegInnen-, FreundInnen- und Bekanntenkreis sein. Aus der systematischen Kombination von Telefon- und Postüberwachung und der direkten Observation des nahen sozialen Umfelds, sowie der Verwertung von Erkenntnissen über andere Gewohnheiten des/der Gesuchten, ist es eigentlich eine Frage der Zeit, wann mensch sich in diesem Netz verfängt.

Beispiele: Rolf Pohle, wegen RAF-Mitgliedschaft gesucht, wurde 1981 in Athen beim Kauf der „Süddeutschen Zeitung“ festgenommen. BKA-Zielfahnder kannten diese persönliche Vorliebe Pohles. Nachdem es Hinweise auf Griechenland als Pohles Aufenthaltsort gab, wurden landesweit alle Stellen, an denen die „Süddeutsche“ verkauft wurde, erfasst und überwacht. Der Rest war Warten... .

Bei einem der Reemtsma-Entführer war es die Vorliebe für die Rolling Stones, die zu seiner Festnahme führte: nachdem Hamburger Zielfahnder über die Telefonüberwachung Handytelefonate nach Argentinien zurückverfolgen konnten und um einen Auftritt der Band dort wussten, war der Rest Routine. Der Entführer wurde in seinem Hotel festgenommen.

In anderen Fällen ist es die Sehnsucht nach der Freundin, dem Kind oder dem Pitbull, der die Gesuchten in die Arme der wartenden Zielfahndung treibt (alles Beispiele von Hamburger Fällen) oder der unglaublich dämliche Gebrauch von Telefonen oder Bankautomaten (letztere manchmal sogar noch mit einem aktuellen Foto).

Dass der Zielfahndung klare Grenzen gesetzt sind, zeigt die relativ erfolglose Bilanz des BKA in diesem Bereich seit Mitte der 80er Jahre im Zusammenhang mit der RAF, aber auch ein Fall des letzten Jahres: der des als mehrfachen Mörder gesuchten Ausbrechers Zurwehme. Der lebte buchstäblich auf der Strasse, hatte kein soziales Umfeld mehr, auf das er hätte zurückgreifen können und blieb somit für die Zielfahndung unsichtbar. „Der ist für Zielfahnder wie ein Reifen ohne Profil auf Eis“ jammerte jüngst ein in diesem Fall erfolgloser LKA-Zielfahnder in einer Ausgabe des „Stern“. Es war am Ende die Öffentlichkeitsfahndung, die nach einem „Hinweis aus der Bevölkerung“ zur Festnahme durch zwei Dorfpolizisten führte.

EinSATZ

...rote Ohren für Kriegstreiber
...für einen bissigen Antimilitarismus & Antiimperialismus
...gegen die Kriminalisierung des Antikriegswiderstand

Schleswig-Holsteinisches Info zu den Prozessen wegen der Aktionen zum Kriegsparteitag der Grünen

Am 24. März 1999 begann der Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Elf Wochen der Bombardierungen hinterließen ein verwüstetes Land – Tausende von Menschen wurden getötet, Hunderttausende vertrieben. Auch nach der Einrichtung des NATO-Protektorats und der Rückkehr vieler Flüchlinge in zerstörte Siedlungen und Städte hielten die Vertreibungen und Morde, nun unter anderen Vorzeichen an. Mittlerweile hat sich im Kosovo eine Apartheidsgesellschaft etabliert, in der die Besatzungsmacht auf unabsehbare Zeit der bestimmende Machtfaktor bleiben wird.
Aus Deutscher Sicht ein voller Erfolg, gelang es doch, dem erklärten Ziel der Wiedererlangung einer Weltmachtposition durch die Demonstration militärischer Interventionsfähigkeit ein Stück näherzukommen. Der offene Krieg als fester Bestandteil der deutschen Aussenpolitik ist nunmehr durchgesetzt und wird in Zukunft auch angewendet werden. So beschreibt Aussenminister Fischer in einer Erklärung vom 27.12.99 den Krieg gegen Jugoslawien als einen positiven *"weit in die Zukunft reichenden Impuls"*, und erklärt diese Art der Intervention zu einem der zukünftigen Schwerpunkte der deutschen Aussenpolitik machen zu wollen, da die innere Verfasstheit von Staaten nicht länger allein eine ‚innere Angelegenheit' sei.

Obwohl das Programm der NATO seit ihrer Gründung Krieg war und Deutschland spätestens mit der Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität auf beschleunigtem Großmachtkurs war, hat sich eine Bewegung gegen den Krieg gegen Jugoslawien nicht wirklich entwickelt. Und dass obwohl die Remilitarisierung deutscher Aussenpolitik nicht zu übersehen war. Immerhin sind durch schrittweise Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr die praktischen Möglichkeiten der Kriegsführung auch innenpolitisch ausgelotet worden. Es ist allerdings nicht nur die "alte" militarisierende Politik beispielsweise in Form der Gelöbnisoffensive des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rühe gewesen, über die eine innenpolitische Zustimmung zur neuen Rolle Deutschlands erwirkt wurde. Vielmehr ist es der Diskurs um humanitäre Interventionen gewesen, in dem sich, selbst bei Teilen der Linken und Linksliberalen, die Bereitschaft zum Kriegshumanismus entwickelte. Unter den Bedingungen des Jugoslawienkriegs wurde er zeitweise moralisch auf die Verhinderung einer herbeiphantasierten Wiederholung von Auschwitz zugespitzt. Die ehemalige Friedensbewegung wurde unter Verwendung humanistischer Phrasen mit militarisierter Aussenpolitik versöhnt und KriegsgegnerInnen wahlweise als *"Profaschisten"* (Vollmer) beschimpft oder ihnen wurde unterstellt, *"Herrn Milosevic schlagt ihr demnächst für den Friedensnobelpreis vor"* (Fischer). Diesen unverschämt vertraulichen, wie auch an Ort und Stelle nicht ungeschickten Satz, sagte Fischer im Gegensatz zu vorhergehenden Ungeheurlichkeiten diesmal nicht ohne vorher rot geworden zu sein.

Do you remember Bielefeld?
Ein gut plazierter Beutel mit roter Farbe traf den Aussenminister auf dem Sonderparteitag der Grünen in Bielefeld, markierte ihn und mit ihm die Grüne Partei.
Schon zu Beginn des Krieges focussierten Teile der Antikriegsbewegung die Grüne Partei. Dass die Partei zur Kriegspartei geworden war, darin waren sich mehr oder weniger alle einig. Nur wie damit umgehen? Während einige darauf setzten, die kritischen Grünen auch gerade im Hinblick auf den Sonderparteitag zu stärken – ein ambitioniertes Ziel war der Bruch der Koalition – kritisierten andere gerade die Mischung aus grüner Kriegs– und Friedenspolitik, welche die scharfe politisch-moralische Waffe der "inneren Zerrissenheit" generierte. Die Vollendung der von der vorigen Bundesregierung vorbereiteten Kriegspolitik durch die Grünen wurde deshalb besonders kritisch und als angreifenswert begriffen, da diese dem Kriegsvorwand "Menschenrechte" eine weit höhere Glaubwürdigkeit verleihen konnten als andere Parteien und damit wirkungsvoll sowohl innere Widerstände als auch internationale Kritik an der deutschen Rolle im Kosovo-Krieg minimiert werden konnten. So stellte sich in der Perspektive der zweiten Fraktion der auch von KriegsgegnerInnen innerhalb der Grünen eingeforderte Sonderparteitag zum Krieg als verhinderungswürdig dar. *„1999 am Himmelfahrtstag in Bielefeld zu demonstrieren hat das Ziel, radikal die rot-grüne Kriegs- und Friedenspolitik zu demontieren."* (aus dem bundesweiten Aufruf) Die Inszenierung des Parteitages hatte zunächst das Ziel, das Überleben des Grünen Projekts abzusichern, dessen Erfolge gerade in der Mischung aus Machtopportunismus und Moral begründet liegen. In der aktuellen Frage des Krieges musste es für beide Lager in den Grünen darum gehen, das Auseinanderbrechen der Partei zu verhindern und einen Klärungsprozess mittels einer Abstimmung in einen politikfähigen Kompromiss zu überführen. Auch für KriegskritikerInnen wie Ströbele war schon im Vorfeld klar: *"Wir wollen weder aus der Koalition raus, noch unseren Aussenminister in Frage stellen."* Die SonderparteitagsdelegiertInnen stimmten denn auch für den Antrag des Bundesvorstandes, der forderte, *"dass die NATO einseitig eine Unterbrechung der Luftangriffe auf Jugoslawien erklärt"*, während die offizielle Linie deutscher Aussenpolitik eine Unterbrechung an nachprüfbare Signale aus Belgrad knüpfte. Vom Sonderparteitag ging im Ergebnis eine Initiative für eine den deutschen Verhältnissen angepasste Realo-Kriegspolitik aus. Diese ging einen Schritt hinter die ursprüngliche NATO-Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation zurück, um eine weitere Eskalation in Form des Einsatzes von Bodentruppen zu vermeiden.
Zu diesem Parteitag, der am 13.Mai in Bielefeld stattfand, mobilisierte ein bundesweites autonomes Antikriegsplenum mit dem erklärten Ziel die Halle zu besetzen und die erste bundesweite Antikriegsversammlung durchzuführen. Unter dem Motto *"Kein Kriegsparteitag – Antikriegsversammlung"* sollte der Raum für einen gesellschaftlichen Konflikt geöffnet werden, in dem sich der Widerstand antiinstitutionell verhält und lebendige außerparlamentarische Opposition organisiert. Regionale Aufrufe titelten mit *"Zerschlagen wir die NATO! – Fangen wir mit den Grünen an"* (Berlin), *"Die NATO-Kriegsmaschine angreifen – fangen wir bei den Grünen an"* (Hamburg) und *"Für die Endlagerung der Grünen und die Neuformierung einer kämpferischen linksradikalen Bewegung"* (Schleswig-Holstein).

Der Versuch, durch die Bullenabsperrungen zu brechen, mißlang, so dass sich eine Blockade entwickelte. Diejenigen, die es auf Umwegen und mit Tricks in das Parteitagsgebäude schafften, rollten Transparente aus und schimpften vor allem die Grüne Prominenz "Mörder" und anderes. Auch roch es in der Halle ziemlich stark nach Buttersäure. Die bekannteste Aktion des Tages sollte der Farbbeutelwurf auf Josef Fischer werden. Darüber haben wir uns übrigens sehr gefreut! Ein großer Wurf!
Verfolgungsmaßnahmen gegen KriegsgegnerInnen wurden eingeleitet, weil Grüne Delegierte am Einlass in die Kriegsparteitagshalle gehindert wurden und weil der Aussenminister einen (nicht beabsichtigten) Ohrschaden erlitten hat. Die Vorwürfe lauten auf Landfriedensbruch, Widerstand und Körperverletzung. Mittlerweile sind einige Strafbefehle ergangen, gegen die meisten wurde Einspruch eingelegt.

Die Prozesse nutzen!
In der Perspektive eines Antirepressionsansatzes geht es natürlich darum, der Kriminalisierung unserer Politik entgegenzutreten. Darüber hinaus gibt es verschiedene Motivationen und Ausrichtungen der unterzeichnenden Gruppen. Im vorliegenden Fall, der Kriminalisierung des Antikriegsprotestes, ist eine Perspektive, gerade auch die Definitionsmacht über den Begriff der Gewalt nicht widerspruchslos zu schlucken. Einspruch gegen Strafbefehle einzulegen, um ihnen politisch zu entgegnen, heißt den Zynismus der Macht nicht anzuerkennen, der auf der einen Seite den Krieg legitimiert und auf der anderen Seite den Protest verfolgt. Nicht in Passivität zu verfallen, sondern über die anstehenden Prozesse den gewalttätigen Normalzustand der Kriege hervorbringt anzuklagen und Antikriegspolitik weiterzuentwickeln, ist die weitergehende Möglichkeit die wir haben und nutzen wollen.

Februar 2000

eine Text von: bewegung!-Gruppe gegen Stillstand im Normalzustand, elvira, KAGON und Einzelpersonen

Für vorausschauenden Antimilitarismus & Antiimperialismus!

---

schon mal für den Terminkalender
Am 26.4. wird gegen eine Frau aus Kiel ein Prozeß in Bielefeld stattfinden. Der Vorwurf lautet auf Landfriedensbruch.

Menschen aus Schleswig-Holstein, die von Verfahren betroffen sind, melden sich bitte beim Ermittlungsausschuss S-H: 0431-57 96 555 (24-Std. Anrufbeantworter)

Die Verfahren wegen der Mobilisierung nach Bielefeld kosten wie immer Geld. Spenden bitte auf das Prozesskonto des Ermittlungsausschusses Berlin: Kontonr: 20610-106, Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Wichtig: Stichwort AUFPRALL

ältere Texte & aktuelles
Ältere Texte und die verschiedenen Aufrufe zum Kriegsparteitag in Bielefeld findet Ihr auf www.gaarden.net/no_nato/ Ihr könnt dort auch einen **Reader** als .rtf Dokument runterladen und immer möglichst aktuelle Informationen zu den anstehenden Verfahren abzurufen.

Infos und Kontakt
Schleswig-Holstein: zu bielefeld – c/o Infoladen Beau Rivage - Hansastr. 48 – 24118 Kiel – Fax: 0431-56 37 17
Berlin: Fischerchöre – c/o Buchladen Schwarze Risse – Gneisenaustr. 2a – 10961 Berlin



Flüchtlingskongress 21. April bis 1. Mai 2000 in Jena

Einleitung

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Die "Karawane"-Bewegung begann kurz vor den Bundestagswahlen 1998. Unter dem Motto "Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme!" reisten wir in 35 Tagen durch 44 deutsche Städte und ermöglichten Zehntausenden von Flüchtlingen ihre politischen Forderungen zu artikulieren. Dort wurde der Grundstein dafür gelegt, unter Flüchtlinge und MigrantInnen aus Afrika, Südamerika, Asien und dem Nahen Osten sowie deutschen AntirassistInnen und Anifaschistlnnen eine zielgerichtete Einheit zu bilden. Doch es ist nicht nur die Angst vor Abschiebung oder der persönlich erlebte Rassismus, die uns zusammengebracht haben: Während des G8-Gipfels 1999 in Köln drückten wir unter dem Motto "Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört", ein weiteres Mal unsere politischen Forderungen aus. Mit einem Hungerstreik klagten wir als Flüchtlinge aus vier Kontinenten die Herrschenden der westlichen Industrienationen vor der Weltöffentlichkeit an. Um ihre Profite zu maximieren, unterstützen die westlichen Staaten die diktatorischen und faschistischen Regime in unseren Herkunftsländern. Auf diese Weise schaffen sie erst die Ursachen für unser Leid und unsere Flucht. Als wir begannen, für unsere Rechte zu kämpfen, sahen wir uns anfänglich verstärkten Repressionen ausgesetzt,. Doch in den letzten eineinhalb Jahren waren wir zunehmend darin erfolgreich, gerade diejenigen zu verteidigen, die sich trotz der Gefahren engagierten und sich unserem Kampf anschlossen. Außerdem begann die Karawane als Netzwerk zwischen verschiedenen Städten und Nationalitäten zu fungieren und legte somit das Fundament dafür, als eine starke und ernstzunehmende Bewegung in Kraft zu treten. Schon wird unser Kampf von den Industrienationen auf eine höhere Ebene gezogen, mit immer neuen technischen Innovationen rüsten sie ihren Repressionsapparat auf, um "ausländische Kriminelle" fernzuhalten oder sich ihrer zu entledigen. Gleichzeitig wird mit geschickter Propaganda die Plünderung unserer Länder gerechtfertigt und gedeckt und die brutale Unterdrückung jeglichen Widerstandes verschleiert. Wir denken, daß es nun an der Zeit ist, zu reflektieren; genauso besteht aber auch die Notwendigkeit, den Kampf unvermindert fortzuführen. Wir müssen einerseits unsere Errungenschaften und Erfolge festigen und ausbauen, aber auch neue Überlebens- und Widerstandsstrategien erwägen. Die Kafkaeske Festung Europa wird zu einem sehr realen Alptraum für Flüchtlinge. Wenn schon "gewöhnliche" europäische BürgerInnen zum Spitzeltum und der Beteiligung am Kampf gegen den imaginären Feind von außerhalb ermutigt werden, wird der Erfolg

des Kampfes unserer Brüder und Schwestern in unseren Herkunftsländern mehr und mehr davon abhängen, wie effektiv wir unsere Solidarität hier gestalten und wie wirkungsvoll die Strategien sein werden, die wir entwickeln. Aber Abschiebung und Isolation machen den Aufbau einer solchen Solidarität nahezu unmöglich. Vor diesem Hintergrund organisiert die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen einen zehntägigen Kongress, der darauf abzielt, die Kräfte für den Aufbau einer schlagkräftigen Einheit gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung zu bündeln. Abschiebung stellt nicht nur deshalb eine massive Menschenrechtsverletzung dar, weil Menschen, die vor Verfolgung, Folter und Tod fliehen, zynisch an ihre Häscher ausgehändigt werden, sondern auch deshalb, weil Abschiebung das grundlegende Recht aller Menschen auf Freizügigkeit verletzt. In der Abschiebepraxis des Westens manifestiert sich ein weltweites Netzwerk von Apartheid zwischen einigen wenigen, die sich an Früchten des Neoliberalismus ergötzen, und den vielen, die, wie es ein tamilischer Dichter einst ausdrückte "ihr Schicksal nur wie mit einem auf die Stirn gebrannten Kainsmal ertragen". Die kleine Zahl derer, die den Weg in die "Festung Europa" gefunden haben, sieht sich einem ständig stärker werdendem Druck und ebensolcher Demütigung ausgesetzt, die nur das eine Ziel kennen: uns das Leben so schwer zu machen, so daß wir "freiwillig" zurückkehren. Soziale Ausgrenzung hat zwei Dimensionen. Zum einen verhindert sie jeglichen Kontakt zwischen Flüchtlingen und der örtlichen Bevölkerung - von Integration ganz zu schweigen. Aber sie ist auch der Versuch, Flüchtlinge in ein politisches Vakuum einzusperren, so daß es uns unmöglich gemacht wird, etwas gegen die hinterhältige Propaganda des Westens zu unternehmen, die die Zustände in unseren Herkunftsländern beschönigt, verschleiert und verharmlost. Genauso wie die Isolierung von Flüchtlingen uns daran hindert, unsere Solidarität mit dem Widerstand unserer Brüder und Schwestern in unseren Herkunftsländern auch nur zum Ausdruck zu bringen. Wir glauben, daß der Kampf gegen Abschiebung und Isolation alle Facetten unseres Widerstandes zusammenbringen kann. Wenn wir gegen Abschiebungen kämpfen, kämpfen wir nicht nur für unser Recht als Menschen behandelt zu werden, sondern wir zerreißen auch den Schleier aus Lügen und Korruption, mit dem der Westen versucht, die Ausbeutung unserer Länder und den Widerstand unserer Brüder und Schwestern totzuschweigen, sowie die tyrannischen Regime zu legitimieren. Dabei besteht ihre einzige Legitimation darin, sich zum Erfüllungsgehilfen der Verbrechen der Industrienationen zu machen. Wenn wir gegen Isolation kämpfen, kämpfen wir nicht nur für unser Recht, Teil der menschlichen Gesellschaft sein zu dürfen und nicht in Gettos eingepfercht zu werden, sondern auch darum, echte Solidarität mit denen üben zu können, die in den Ländern, die wir hinter uns gelassen haben, kämpfen und weiter Widerstand leisten. Der unerbittliche Angriff auf unsere Rechte, hat unseren Willen nicht brechen können. Aus den Isolationsgefängissen genannt "Flüchtlingslager" heraus werden wir unseren Kampf führen. Diese vom "The Voice" Afrika- Forum, der Jenaer Karawane-Gruppe, koordinierte Konferenz wird unsere Entschlossenheit dokumentieren, mit der wir "gemeinsam gegen Isolation und Deportation" kämpfen werden. Obwohl wir "Flüchtlingskongreß" sagen, und er im Wesentlichen von Flüchtlingen organisiert wird, möchten wir alle ernsthaften antirassistischen Kräfte ermutigen, sich vorzubereiten und den Zeitraum vom 21. April bis zum 1. Mai 2000 freizuhalten, um an diesem wichtigen Ereignis teilnehmen zu können. Euer Beitrag wird ein notwendiger Teil beim Aufbau eines erfolgreichen Widerstands sein. Außerdem rufen wir alle Flüchtlinge, MigrantInnen und AntirassistInnen zu diesem frühen Zeitpunkt auf, ihre Ideen und Vorstellungen zu den Inhalten des Kongresses beizusteuern, da das Programm noch weitgehend offen ist.

Programm

Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört Europäische Politiker, wie der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, geben zu, "sicher, es gibt Probleme in der Welt", um dann zu fragen "aber warum müssen alle Flüchtlinge ausgerechnet nach Deutschland kommen?". Seine Antwort ist, daß Deutschland nicht in der Verantwortung stehe, sich um die Probleme der ganzen Welt zu kümmern. Ihm zufolge trifft Deutschland keine Schuld an den Ursachen der Probleme der Welt. In Wahrheit aber gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Deutschlands Wirtschafts- und Außenpolitik und dem Entstehen von Fluchtgründen. Das billige Öl, das von Nigeria nach Deutschland fließt und die Diktatur, die den multinationalen Konzernen wie Shell dazu verhilft das Land auszubeuten, hängen direkt zusammen. Es waren die Interessen des Westens, die den Militärputsch im Jahre 1966 lenkten. Dieser Putsch bedeutete das Ende des postkolonialen Demokratisierungsprozesses in Nigeria, der erstmals Minderheiten, wie den Ogoni im Niger-Delta Rechte zugestanden hatte. Die Demontage dieses Prozesses ging einher mit der Ausbeutung der Ölvorräte des Deltas durch ausländische Firmen. Mehr als drei Jahrzehnte strömte das Öl aus Ländern wie Nigeria

um "Wirtschaftswunder" wie das deutsche voranzutreiben. Aber das Niger-Delta steht in Flammen und wenn die in bittere Armut getriebenen Menschen gegen Obasanjo, den ehemaligen Militärdiktator, den der Westen nun versucht, als liberalen Demokraten darzustellen, protestieren, gibt dieser die Order, sie "wie Tiere zu erschießen"! Einige Wochen später wurde für ihn bei einem Staatsbesuch in Deutschland der rote Teppich ausgerollt, während zu selben Zeit politische Flüchtlinge aus Nigeria wegen "offensichtlich unbegründeter" Asylanträge aus Deutschland abgeschoben werden. Getrieben von wirtschaftlichen und strategischen Interessen haben die amerikanische und die europäischen Regierung das faschistische Regime in der Türkei gestärkt und so den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk unterstützt und vorangetrieben. Die PKK hat im Jahre 1993 einen Friedensprozeß begonnen, der bis zum heutigen Tag keine Erwiderung durch die türkische Regierung gefunden hat. Die Antwort des Westens jedoch bestand in offenem Terrorismus und Konspiration, die ihren Höhepunkt in der Entführung von Abdullah Öcalan fand. Die ungezügelte Repression gegenüber kurdischen Flüchtlingen in Deutschland ist die direkte Fortsetzung der Gewalt, die sie durch das türkische Regime und die extreme Rechte in ihrem eigenen Land zu erleiden hatten, und die sich in dem Todesurteil gegen Abdullah Öcalan manifestiert. Abschiebungen legitimieren das Handeln des türkischen Regimes durch den Westen und verleihen diesem - und nicht der kurdischen Bewegung - den Nimbus des Friedensschaffenden. Die gleiche Wirkung zeigt das weiter aufrechterhaltene Verbot der PKK in Deutschland, das ihre Unannehmbarkeit als legitimen Verhandlungspartner symbolisiert. Eine demokratische Lösung für die Türkei setzt voraus, daß der wahre Charakter des Regimes beim Namen genannt wird, statt ihn zynisch aus egoistischen Gründen zu leugnen, wie Europa dies tut. Eben darum ist es heute nötiger denn je, gegen die Abschiebung kurdischer Flüchtlinge zu kämpfen, um ihrer Stigmatisierung als Terroristen zu begegnen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie der Westen - in Hoffnung auf weitere lukrative Märkte und Projekte wie den Ilisu-Staudamm, oder die geplante Öl-Pipeline zwischen Aserbaidschan/ Kurdistan und den türkischen Schwarzmeerhäfen - versucht, die kurdische Bewegung endgültig zu zerschlagen. Auch Sri Lanka ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Von den Industrienationen wird es als eine Art Brückenkopf für die neoliberale Rückeroberung des indischen Subkontinents betrachtet. Deswegen sehen sie in dem Kampf des tamilischen Volkes für politische Unabhängigkeit und Emanzipation, mit dem Millionen unterdrückter Menschen in dieser Region große Hoffnungen verknüpfen, eine große Gefahr. Um den tamilischen Kampf niederzuschlagen, massakrierten, von westlichen Geberländern finanzierte Milizen mehr als 80.000 Menschen. wichtige HauptrednerInnen aus Afrika, Asien, dem Mittleren Osten und Süd Amerika werden dieses Themaeinleiten. (nähere Informationen erhaltet ihr unter den Kontaktadressen)

Festung Europa, Grenz- Regimes und die internationale Organisierung von Flüchtlingen Sie waren 16 als sie sich in einer kalten Winternacht aufmachten. Sie ließen einen Alptraum namens Sri Lanka hinter sich. Sie waren Tamilen, auf der Suche nach Zuflucht, Freiheit vor Verfolgung. Am nächsten Morgen hatte nur einer überlebt. "Wir wurden mitten im Wald abgesetzt", berichtete der Überlebende. "Es war kalt und wir hielten uns an den Händen, um uns nicht zu verlieren. Einige Kilometer weiter wurden wir von Suchscheinwerfern geblendet, wir hörten Stimmen und bellende Hunde. Wir wurden verfolgt und versuchten zusammenzubleiben, als wir davonliefen. Das Bellen und die Stimmen kamen näher. Plötzlich gerieten wir an das Ufer eines Flusses. Uns wurde gesagt, daß er flach sei, er sah aber sehr tief aus und die Strömung war heftig. Wir wußten, daß wir auf die andere Seite mußten, anderenfalls würden wir zurück nach Sri Lanka zurückgeschickt werden. Aber die Strömung war zu stark und ich hörte die Schreie meiner Begleiter, als sie davongespült wurden. Ich sah, wie das Wasser über einer Frau mit zwei Kindern zusammenschlug, ich versuchte sie zu retten, aber es war zu spät... unmöglich, hoffnungslos." Für uns Flüchtlinge ist das die Realität an den Grenzen, die Realität der Festung Europa. Die Grenze zwischen den Städten aus Smaragden, gebaut auf allem Reichtum dieser Erde und der Wüste des Elends, zu der der Rest der Welt geworden ist. Deutschland, die stärkste Wirtschaftsmacht Europas, treibt die Aufrüstung und den Ausbau der "Festung" weiter voran, immer ihr Ziel vor Augen, keine Flüchtlinge mehr ins Land lassen zu müssen. Während des Wirtschaftswunders im Nachkriegsdeutschland waren die europäischen Länder gezwungen, billige Arbeitskräfte ins Land zu holen, um die Produktion aufrechterhalten zu können. Heute, in Zeiten der Globalisierung, verfrachten multinationale Konzerne die Arbeit dahin, wo sie am billigsten ist und wo die ArbeiterInnen skrupellos ausgebeutet werden können. Heute gibt es nicht nur keine legale Möglichkeit der Einwanderung in die BRD mehr, es wird auch das Asylrecht abgeschafft, um möglichst jeden Nichtdeutschen daran zu hindern, ins Land zu gelangen. Deutschland versucht mit massivem Aufwand eine stärkere Kontrolle aller Grenzen Europas durchzusetzen, um die Chancen für Flüchtlinge zu minimieren, über Drittstaaten einzureisen. 1998, als kurdische Flüchtlinge Italien erreichten, und diese von der italienischen Regierung als politische Flüchtlinge bezeichnet wurden, bestand die deutsche Regierung auf der Sprachregelung "kriminelle Migranten" und warf Italien mangelnde Gewissenhaftigkeit bei seinen Grenzkontrollen vor. Alle europäischen Randstaaten haben an ihren Grenzen "Sicherheitsmaßnahmen" zu ergreifen, die den deutschen entsprechen, anderenfalls müssen sie um ihren Verbleib im "Schengener Abkommen" oder der EU fürchten. Weiterhin hat Deutschland die sogenannte "Drittstaatenregelung" eingeführt, um einen "Zustrom" von Flüchtlingen über ärmere europäische Länder zu unterbinden und eine computergestützte, europaweite Fingerabdruckdatei (EURODAC) eingerichtet. EURODAC ist in der Lage, anhand der Fingerabdrücke festzustellen, wo ein Flüchtling nach Europa eingereist ist. Die Drittstaatenregelung gibt den reicheren und mächtigeren europäischen Ländern die rechtliche Möglichkeit, Flüchtlinge in die ärmeren Randstaaten abzuschieben, über die wir in die EU eingereist sind. Die Bundesrepublik Deutschland, der ethnische Säuberungen nicht fremd sind, ist auf dem besten Wege, uns nicht nur daran zu hindern, nach Europa einzureisen, sondern versucht darüber hinaus auch noch einen Schutzwall, speziell für uns Flüchtlinge, um seine Grenzen aufzubauen.

Soziale Ausgrenzung, staatlicher Rassismus und Faschismus Im Zuge der wirtschaftlichen Einigung Europas, sehen Europas Bürger die Grenzen verschwinden. Für uns aber tun sich überall Grenzen auf. In jeder Stadt, jedem Bahnhof und auf den Straßen werden wir kontrolliert und erniedrigt. Deutschland ist , einmal mehr, die treibende Kraft, uns zu isolieren und von der europäischen Gesellschaft auszuschließen. Mit unsäglichen Gesetzen wie der "Residenzpflicht", die die Bewegungsfreiheit von uns Flüchtlingen auf ein eng begrenztes Gebiet in Deutschland einschränkt und uns zwingt in "Flüchtlingslagern", die vielmehr den Charakter von Gefängnissen haben, zu leben, hat die deutsche Regierung das Instrumentarium aus der Taufe gehoben, uns zu isolieren und auszuschließen. Im Mikrokosmos Ostdeutschland spürt man die Folgen dieser Entwicklung besonders deutlich. Hier hat die Fieberkurve des sozialen Drucks auf uns Flüchtlinge einen Höhepunkt erreicht. Eine unheilvolle Wechselwirkung zwischen neofaschistischen Anschlägen, Propaganda und Abschiebungen - als der letzten Konsequenz staatlicher Repression - setzt uns einem unerträglichen physischen und psychischen Druck aus. Der Prozeß der Ausgrenzung und Isolation beschränkt sich mitnichten auf diejenigen von uns, die erst kürzlich hier angekommen sind. Einflußreiche Wirtschaftsführer lassen keine Zweifel daran aufkommen, daß sich dieses Land selbst Kinder und Enkelkinder von Einwanderern, die einen nicht unerheblichen Teil der Jugend dieses Landes darstellen, entledigen sollte. Denn "die deutsche Wirtschaft hat keine Verwendung für sie, zumal sie unterqualifiziert sind, keinen Respekt gegenüber den deutschen Gesetzen haben, sich zumeist kriminellen Banden anschließen und schlicht und einfach keinen Platz in der

deutschen Gesellschaft haben." Diese Rhetorik ist, wie wir finden sehr, symptomatisch für die Verachtung, die die herrschende Klasse dieses Landes nicht nur uns Flüchtlingen, sondern auch einem großen Teil ihrer eigenen Bevölkerung entgegenbringt. Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland zunimmt und die Reichen immer reicher werden, verteidigen zynische deutsche Politiker den Status Quo und das System, indem sie die - legitime - Wut der Armen in Deutschland in einen Haß auf Ausländer umlenken Mit einem Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald

Frauen und Flucht/ Migration

"Ich kam hierher in dem Glauben, mich in einem freien Land zu befinden, aber das Verhalten der deutschen Polizisten war dasselbe wie im Iran. Ich konnte nicht glauben, das sie mich hier ebenso schlecht behandeln würden und das sie mich gewaltsam zwingen würden, einen Schleier anzulegen. Sie verletzten meine Rechte und meine Würde als Frau (...)" -Roya Mosayebi- Roya Mosayebi, der es gelungen war, aus der Islamischen Republik Iran nach Deutschland zu fliehen, um der brutalen Unterdrückung von Frauen zu entrinnen, wurde nach zweieinhalb Jahren erneut mit den repressiven islamischen Gesetzen konfrontiert. Bundesamt und Gerichte verweigern ihr das Recht auf Asyl und wollen sie zur Ausreise zwingen. Die iranischen Behörden verlangen, daß sie auf dem Reisedokument, das für ihre Abschiebung angefertigt werden muß, mit Kopftuch abgebildet ist. Doch als sie Deutschland erreichte, hatte sie sich geschworen, daß sie nie wieder in ihrem Leben ein Kopftuch tragen würde. Darum schleppten Polizeibeamte Roya gewaltsam auf die Polizeiwache, banden ihr -trotz ihres Protestes- ein Kopftuch um und fotografierten sie in dieser Aufmachung. Ausgerechnet die Behörden des Landes, in das sie kam, um Schutz zu suchen, macht sich so zum Erfüllungsgehilfen der frauenfeindlichen Gesetze im Iran. Dieselben Behörden verboten einer Lehrerin, einer deutschen Staatsbürgerin islamischen Glaubens, ihren Beruf auszuüben, da sie für gewöhnlich einen Schleier trägt. Sie begründete dieses Verbot mit der Unvereinbarkeit solchen Verhaltens mit den Grundprinzipien eines säkularisierten Staates. Doch in das Problem ist nicht das Kopftuch als solches, sondern ein brutaler Chauvinismus gepaart mit Rassismus, der Frauen fremder Herkunft das Recht versagt, frei über sich selbst zu bestimmen. In jedem einzelnen unserer Herkunftsländer werden wir als Frauen gleich mehrfach unterdrückt. Ganz abgesehen von der Hausarbeit, die uns als Frauen aufgebürdet wird, stehen uns große Hindernisse im Weg, wenn wir Lohnarbeit verrichten wollen. Politische Selbstbestimmung, Bildung und Teilnahme an sozialen Aktivitäten wird uns fast völlig verwehrt. Beschneidung, Zwangsheirat, Zwangsverschleierung und Steinigung sind die bittere Realität in vielen unserer Herkunftsländer. Wenn wir uns wehren und zurückschlagen, wie es beispielsweise die Kurdinnen oder Tamilinnen tun, greifen die Regime zur Vergewaltigung als Kriegswaffe und politisches Druckmittel. Massenvergewaltigungen sind kein seltenes Mittel kriegerischer Auseinandersetzungen. Die frauenfeindlichen Gesetze, wie die des Regimes im Iran zwar offiziell von den westlichen Industrienationen verurteilt. Doch nichtsdestotrotz unterstützen und stabilisieren sie genau diese Regime für ihren wirtschaftlichen Vorteil. Die Verurteilung bleibt also nicht mehr als eine hohle Phrase. Wirtschaftsliberalismus und reaktionäre Politik gehen Hand in Hand. Diese Kollaboration wird im Fall von Roya Moyasebi besonders deutlich: um sich unliebsamer Flüchtlinge zu entledigen, greifen sie auf die gleichen mittelalterlichen Methoden zurück, die die Regime anwenden, die sie doch angeblich verurteilen. Neben allgemeineren Fluchtursachen wie Armut, Gewalt und Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg werden die extremen Formen der Unterdrückung von Frauen und Mädchen, die frauenspezifischen Fluchtgründe, nicht für die Gewährung von Asyl anerkannt. In Ländern wie Deutschland ist es für Frauen so gut wie unmöglich, ohne Heirat Asyl zu erlangen. Frauen ohne Aufenthaltserlaubnis, Prostituierte die zwischen Ausbeutung und Abschiebung leben, sind nur die Spitze des Eisberges einer Realität, der wir tagtäglich gegenüberstehen. Bei allen Themen, die auf dem Kongress behandelt werden, werden aus dem allgemeinen Problem die speziellen Bedingungen für Frauen heraus gearbeitet. Wir müssen für die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe als Asylgründe, gegen sexuelle Gewalt und gegen jede Form der Unterdrückung von Frauen weltweit kämpfen. Es gilt, Umgangsformen zu entwickeln, die sicherstellen, daß Frauen auch innerhalb der "Karawane" keine sexistische Aggression und Diskriminierung hinnehmen müssen.

Gemeinsam gegen Abschiebung

Es wird oft behauptet, daß die neofaschistischen Anschläge, die gewaltsamste Manifestierung des Rassismus in westlichen Demokratien darstellen. Dies bedeutet, die systematisch geplante alltägliche Gewalt gegen Flüchtlinge durch den Staat vergessen zu machen. Diese Gewalt hat einen Namen: Abschiebung. Jeden Tag werden tausende AusländerInnen gefangengenommen, eingesperrt, ja sogar getötet, wie es am 10 Dezember '99 in Braunschweig der Fall war. Dort wurde ein Flüchtling kurzerhand von der Polizei erschossen, weil er zuvor gedroht hatte, sich aus Angst vor Abschiebung mit einem Messer umzubringen. Dies geschah aus keinem anderen Grund, als dem, daß dieser Mensch kein Recht gehabt hätte, hier zu sein. Dieser rassistische Anschlag entbehrt jeder logischen Grundlage, mit Ausnahme der, zu demonstrieren, daß der Staat die absolute Autorität hat, festzulegen, wer hier sein darf und wer nicht. Dabei orientiert er sich ausschließlich an ökonomischen Kriterien. Mit anderen Worten: Menschen dürfen wie Gebrauchsartikel eingeführt werden, wenn sie denn gerade benötigt werden. Und wenn man sie gerade nicht braucht, werden sie ausrangiert. Das ist nicht nur eine Katastrophe für die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sondern auch für diejenigen, die seit Generationen in diesem Land leben. Das ist der Grund, weshalb Abschiebungen schon für sich genommen einen krassen Verstoß gegen die Menschenrechte darstellen. Es verneint die Würde eines jeden Menschen und erniedrigt sie auf das Niveau von Dingen. Ein Zustand, wie er vor hundert Jahren normal war, als es noch den Sklavenhandel gab. Als Voraussetzung für jeden Fortschritt, muß deshalb zunächst die letzte Konsequenz des institutionalisierten Rassismus, die Abschiebung, bekämpft werden. Abschiebung ist das Rückgrat und das ausdrucksstärkste Symbol eines Systems internationaler Apartheid, das die armen Länder zu desolaten Homelands degradiert, gerade gut genug, die Tresore gieriger Multinationaler Konzerne zu füllen, den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt alle Rechte abzusprechen und die westlichen Industrienationen zu ermächtigen, über Recht und Unrecht zu entscheiden. So kann jedes Regime zur Absolution durch den Westen gelangen, wenn Schily davon spricht, daß politische Freiheit zwangsläufig auf wirtschaftliche Freiheit folge und somit das Asylrecht in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt wird.

Besuch der regionalen Flüchtligslager

1. Mai - Demonstration

Es wäre für die deutsche Arbeiterklasse sicher lohnend, sich einmal zu fragen, wie international die Demonstrationen am "Internationalen Tag der Arbeit" in Deutschland überhaupt sind. Will sie weiter den Multinationalen Konzernen nach dem Mund reden, um den Standort Deutschland aufrecht zu erhalten, obwohl genau diese es sind, deren globale Ambitionen an Armut und Arbeitslosigkeit auch in Deutschland schuld sind? Wollen die ArbeiterInnen weiter die Katastrophen in der Dritten Welt ignorieren? Oder wird sie sich endlich einmal solidarisch mit den Flüchtlingen und MigrantInnen erklären, die das lebende Zeugnis der weltweiten Verwüstungen durch das Kapital sind? Wird sie einmal mehr die Augen vor dem Schicksal der Flüchtlinge und MigrantInnen verschließen und die Lebenslüge ihrer Ausbeutung aufrechterhalten? Oder wird sie sich unserem Kampf und unserer Bewegung anschließen?

Der Kongress wird ein Manifest für die 'Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen' verabschieden und Aktionen für die nähere und fernere zukunft planen.

Zeitplan
20. April Ankunft - Einleitung - Kongress Eröffnung
21.- 22. April "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört"
23. - 24. April Festung Europa, Grenz Regimes und die internationale Organisierung von Flüchtlingen
25. - 26. April Soziale Ausgrenzung, staatlicher Rassismus und Faschismus
27. April Frauen und Flucht/ Migration
28. - 29. April gemeinsam gegen Abschiebung
30. April Zusammenfassung, Manifest und Zukunftsprojekte
01. Mai Internationale Demonstration gegen Abschiebung

Adressen Nähere Informationen könnt Ihr unter den nebenstehenden Adressen erhalten: Kongress - Koordinierungs - Büro:The Voice Africa Forum, Tel (03641) 66 52 14, Fax (03641) 42 37 95, www.humanrights.de/congress, THE_VOICE_Jena@gmx.de
Karawane - Koordinierungs - Büro: Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Tel (0421) 55 77 093, Fax (0421) 55 77 094, www.humanrights.de, mail@humanrights.de
Karawane- Kommittee, "kein mensch ist illegal" in Hanau,Tel (0172) 66 88 454, Fax (06181) 18 48 92
Spendenkonto: kto. nr. 231 633-905, blz. 860 10 90, Postbank Leipzig

Anmeldung Zur Anmeldung schickt bitte diese Postkarte zurück. Um Ernährung, Unterbringung und gegebenenfalls die An- und Abreise zu organisieren, ist es wichtig, die Anzahl der teilnehmenden Presonen anzugeben. Bei Flüchtlingen und evtl. Ausnahmen kann bei der Organisierung und Zahlung der An- und Abreise von uns geholfen werden.



Last Exit Nation?

Anfang Juni 1999 fand in Köln ein EU-Gipfel statt. Aus diesem Anlaß organisierten linke Gruppierungen einen Gegen-Gipfel in Köln. Aufgrund eines Übergewichts des klassisch antiimperialistischen Spektrums wurden wir als Gruppe vom Gegen-Gipfel ausgeladen. Von den drei Zusammenhängen, die den Kongreß vorbereiteten, setzte sich nur das Kölner Anti-EU/WWG-Plenum für uns ein. Das Argument der anderen beiden KongreßvorbereiterInnen - die Gruppe „Perspektive" aus Bremen und der Bundesvorstand der Roten Hilfe - war, daß wir nicht kritisch über die Politik und Perspektiven von Befreiungsbewegungen diskutieren könnten und auch nicht über unser Verständnis von Solidarität, wenn diese Bewegungen selbst auch auf diesem Treffen anwesend wären und gewissermaßen ‚authentisch' von ihrem Kampf berichten könnten. Ein trauriges Beispiel des Ignorierens von Widersprüchlichkeiten und des Verweigerns einer Debatte, welche die eigene Sichtweise in Frage stellen könnte. Eine Kritik an der nationalen Formierung in Deutschland tauchte in den Konzeptpapieren der Roten Hilfe und der Perspektive für ihre drei Kongreßforen entsprechend überhaupt nicht auf. Bis auf eine Klammer im Text für das Forum EU-Imperialismus: „Aus aktuellem Anlaß wollen wir mit VertreterInnen des kurdischen und palästinensischen Befreiungskampfes diskutieren: welche Bedingungen hat ihr Kampf, wie sieht der Einfluß der EU (oder der BRD) aus, welche Ansätze gibt es für einen proletarischen Internationalismus."[1] Wenn Kurdistan national von der Türkei befreit werden soll, dann wohl Palästina ebenso von Israel. Zusätzlich zum Außerachtlassen von nationaler Formierung und Antisemitismus in der BRD eine zum Widerspruch reizende Position. Zumal in dem Konzeptpapier für das Forum auch das Konstrukt „Völker" schöngeschrieben wurde: „Zugleich schafft die EU auch Möglichkeiten revolutionärer Intervention. Selten waren die materiellen Interessen der Völker und ProletarierInnen Europas so identisch in ihrer Gegnerschaft zur EU (bzw. der WWU) wie heute."
Wir boten an, uns an diesem Forum der „Perspektive" mit einem kritischen Koreferat zu beteiligen. Dies wurde nicht gewünscht. Als die gruppe venceremos aus Berlin und wir dann ein Konzeptpapier für ein „Forum Antinational" vorlegten, reagierten „Perspektive" und Rote Hilfe unzweideutig: Wenn unser Forum Teil des Kongresses wäre, würden sie ausziehen und sich woanders treffen. Den VertreterInnen der Befreiungsbewegungen sei es nicht zuzumuten, mit uns unter einem Dach zu tagen. Im übrigen würden antinationale Positionen durch ein eigenes Forum zu sehr aufgewertet werden. Das Konzeptpapier für ein Forum Antinational ist in dieser Dokumentation abgedruckt.
Der Infoladen in Köln organisierte kurzfristig Räume im Bürgerzentrum Mütze in Köln-Ehrenfeld und ermöglichte so, daß das Forum unter dem Motto „Last Exit Nation?" von der Gruppe venceremos und uns mit bis zu 120 Interessierten stattfinden konnte. Es gab drei Themenblöcke mit Referaten und Diskussion: Zuerst eine Kritik von Nation als Ideologieform – wie (Nation-)alismus als Ideologieform wirkt und entsteht. Der weitverbreiteten These, im „Zeitalter der Globalisierung" würde der Nationalstaat an Bedeutung verlieren wurde entgegnet: In den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird der jetzt postfordistische Kapitalismus neu ausgehandelt und umkämpft, und auch der Nationalstaat wird umstrukturiert – aber eben modernisiert und noch nicht abgeschafft. Anschaulich dargestellt wurde das anhand der Renaissance des Nationalen am Beispiel der BRD seit den 80er Jahren. Danach ging es um „Die Ethnisierung des Nationalen: Das Beispiel Jugoslawien". Hierbei ging es vor allem darum, das Bild von Jugoslawien als „multinationalem Sozialismus" in seiner Eingebundenheit in den kapitalistischen Weltmarkt zu hinterfragen. In der anschließenden Debatte ging es vor allem darum, wie bei den Protesten gegen den NATO-Krieg die Falle umgangen werden konnte, die nationalisierenden Kategorien nicht zu übernehmen: Also weder anti- noch proserbisch zu agieren. Aus der Auswertung dieser Diskussion entstand der in dieser Dokumentation abgedruckte Text „Kein Urlaubsort wo Völkermord?". Im dritten Block ging es um eine Kritik der klassischen Internationalismus-Bewegung: Der positive Bezug auf nationale Befreiung und Völker und deren „Selbstbestimmungsrecht" wurde ebenso hinterfragt wie die Verstaatlichung von weiten Teilen der Solibewegung in NGOs. Die Diskussion über Ansätze kosmopolitischer Solidarität kam dann am Schluß etwas zu kurz, weil es für einen Tag ein übervolles Programm war.

Dimitrow kommt aus Hannover

Auf dem offiziellen linksradikalen Kongreß trafen sich etwa 70 Leute. Wie notwendig die Kritik von Antisemitismus Grundlage linksradikaler Politik sein müßte, zeigte sich dort auf einer Abendveranstaltung zum Thema: „Antinationale und sozialrevolutionäre Politik und Befreiungsbewegungen – ein Widerspruch?". Wir beteiligten uns daran mit Redebeiträgen. Unsere Argumentation, daß Solidarität hierzulande immer die deutsche Geschichte und den Nationalsozialismus einbeziehen müsse, erntete heftigen Widerspruch eines Genossen aus der Antifa-AG Hannover. Er wandte sich gegen einen moralischen Antifaschismus,

der ja gerade auch zum Kosovo-Krieg geführt hätte, und forderte einen Schlußstrich unter diesen Ansatz. In Italien sei ein Bezug auf die Nation für Linke ja auch kein Problem, vom populo della siniestra sei dort selbstverständlich die Rede, und die hätten bekanntlich ja auch Faschismus gehabt.

Im Verlauf einer sich entwickelnden Kontroverse wurde er in einem Beitrag eines Vertreters der Ökologischen Linken Köln als „Walser von links" angegriffen. Das müsse er sich nicht sagen lassen, so seine Erwiderung, schließlich mache er schon seit 20 Jahren Antifa-Arbeit und er hätte schon immer gesagt, daß Faschismus schlecht für die Menschen und die Arbeiterbewegung sei.

Auf unsere Nachfrage, warum er eigentlich immer nur von Faschismus und nicht von der Shoah und dem deutschen Nationalsozialismus spreche, gab es Irritationen im Publikum und Nachfragen, was denn die Shoah sei. Nach einer mehrheitlichen Einigung auf den Begriff Holocaust entgegnete der Genosse aus der Antifa-AG schließlich, daß er nicht immer und überall den Holocaust mitdenken wolle und daß die Kroaten ja schließlich auch 500.000 Serben umgebracht hätten.

Der richtige Einwand aus dem Publikum, daß hier wohl zwei unterschiedliche Ansätze von Faschismusanalyse aufeinandertreffen würden (einerseits der Dimitrow'sche Ansatz im Sinne eines Angriffs auf die ArbeiterInnenklasse und andererseits ein Ansatz, der die Shoah einbezieht), wurde nicht weiter aufgegriffen. Auch die Chance, an diesem Punkt ein Defizit an Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte, Shoah und Antisemitismus zu erkennen, wurde nicht genutzt. Stattdessen wurde uns als Gruppe der altbekannte Vorwurf gemacht, die Veranstaltung zu sprengen und zu chaotisieren.

Wo liegt denn Bitburg?

In unserer Begrüßung beim Forum „Last Exit Nation?" in Köln im Juni 1999 schlugen wir einen Bogen vom Verschweigen des Bitburg-Desasters bis zur Ausgrenzung unseres Forums aus dem linksradikalen Gegenkongreß zum EU-Gipfel, um für eine öffene Debatte statt für ein Verschweigen von notwendiger Kritik zu plädieren. Beim Stichwort Bitburg fällt vielen Linken auch heute noch nichts ein. Als im Mai 1985 der damalige Regierungschef Helmut Kohl zusammen mit Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg Kränze auf den Gräbern gefallener SS-Soldaten niederlegte, demonstrierten 1.200 jüdische Menschen gegen dieses Ereignis. Die hiesige Linke nahm Bitburg zwar zur Kenntnis, demonstrierte aber zweimal woanders: In Bonn gegen den zeitgleich stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel, um den herum Reagan mehrere Tage in der BRD war. Und mit einer militanten autonomen Großdemo wurde Reagan auch bei seinem Besuch in Westberlin begrüßt. Der Hinweis auf diese Schwerpunktsetzung linker Politik 1985 provozierte im November 98 bei der Buchvorstellung in Berlin im Rahmen der Mobilisierung gegen die Kölner EU/WWG-Gipfel eine Gegenrede: Mit unserer beharrlichen Kritik am Versäumnis der Linken in Bitburg würden wir die damalige Stärke antikapitalistischer Bewegung schlechtreden und ignorieren, daß die Mobilisierungen zu den Gipfeln 1985, 1988 und 1992 große Erfolge gewesen seien. Warum soll aber deshalb eine inhaltliche Kritik linker Politik nicht zulässig sein? Um den ohnehin absurden Vorwurf der Spaltung linker Bewegung kann es rückblickend nicht gehen; bleibt also nur die Verweigerung einer Aufarbeitung linker Politik und linker Versäumnisse. Folgerichtig gab es auf ein im Anschluß an die Veranstaltung in Berlin von der Gruppe venceremos veröffentlichtes Flugblatt zu Bitburg keinerlei Reaktion. Dies wurde verteilt auf der Folgeveranstaltung zum Thema „Erfahrungsaustausch aus vergangenen Kampagnen und internationalistischer Arbeit", wo es aber in der Diskussion überhaupt nicht aufgegriffen wurde. Ob aus Bequemlichkeit oder weil es die linke Legendenbildung stört, sei dahingestellt. Bitburg wurde auch bei keinem anderen Anlaß aufgegriffen. Jüngeren Linken wird so eine geglättete Version linker Kampagnengeschichte vermittelt und eine Aufarbeitung des Antisemitismus von links erschwert. Dies trifft sich leider damit, daß viele antideutsche Linke weitgehend darauf verzichten, ihren Erkenntnisprozeß darüber, wie deutsch die Linke nach 68 war, und die daraus entwickelte Kritik im Getümmel politischer Kampagnen streitbar zur Diskussion zu stellen. Ein kleines Beispiel hierfür ist die Schilderung von Bitburg im Vorwort des Buches „Goldhagen und die deutsche Linke". Zum einen wird das eigene politische Verhalten zu Bitburg nicht thematisiert, zum anderen stellen sie es in ihrer Schilderung so dar, als ob in Bonn die Friedensbewegung gegen den Weltwirtschaftsgipfel demonstriert hätte. Dies ist ein Verschweigen der militanten internationalistischen Solidaritätsbewegungen der 80er Jahre, das für die Aufarbeitung von linker Geschichte kontraproduktiv ist. Die '85 aktiven aus der demontage haben die Anti-WWG-Demo in Bonn mitgemacht und waren auch nicht in Bitburg. Das die Friedensbewegung der 80er sehr deutsch war, ist teilweise bekannt. Das auch der militante Internationalismus der 80er gerade trotz seiner Radikalität überhaupt nicht frei von Fehlern ist, halten wir für die spannendere Debatte. Zumal der Internationalismus auch mit unserer eigenen Geschichte zu tun hat, während wir gegenüber der deutschen Friedensbewegung – soweit wir in den 80ern schon aktiv waren – eine kritische Distanz hatten und uns zur linksradikalen Anti-Kriegsbewegung zählten.

Mit Abs nach Köln auf die Anti-WWG-Demo?

In welchem Maß die Ausrichtung linker Politik auf Kampagnen und Großereignisse auf Kosten einer politischen Auseinandersetzung geht, zeigt die Diskussion um die Kampagne „Erlaßjahr 2000". Diese Kampagne von klassischen Großorganisationen wie Kirchen, Parteien und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) bettelte beim G8-Gipfel für die Entschuldung der ärmsten Länder zur Jahrtausendwende, und um eine stärkere Regulierung der Weltwirtschaft. Die Forderungen sind reformistisch und verharmlosen weltweit herrschende Ausbeutungsstrukturen. Darüber hinaus beziehen sie sich aber auch noch positiv auf die Entschuldung der BRD als Rechtsnachfolgerin des III. Reiches. Der Totalausfall bei der Kritik des kapitalistischen Weltmarktes wird ersetzt durch Moral, die Ideologie des *Wir-sitzen-alle-in-dem-einem-Boot-Erde* und das schlechteste aller Argumente: Wir als Deutsche hätten 1952 doch auch eine neue Chance bekommen. Das sich-Anbiedern bei sog. Entscheidungsträgern als Deutsche baut auf dem systematischen Bagatellisieren des Nationalsozialismus zur Schuldenursache auf. In einer Broschüre der Erlaßjahr-Kampagne heißt es im positiven Bezug auf die Entschuldung Deutschlands nach dem Ende des Nationalsozialismus: „Die verbleibenden Schulden erwiesen sich als gut tragbar und ermöglichten eine solide Finanzplanung (...) Damit war das Londoner Schuldenabkommen ein wichtiger Baustein für den Wiederaufbau Deutschlands."[ii] F. Hütz-Adams, einer der Promoter der Kampagne, ging noch einen Weltkrieg zurück, als er in einer offiziellen Erlaßjahr-Kampagnen-Broschüre schrieb: „Ständige Neuverhandlungen, Umschuldungen, die Aufnahme neuer Anleihen und der Versuch des Deutschen Reiches, die Zahlungen zu umgehen, lähmten Anfang und Ende der zwanziger Jahre die deutsche Wirtschaft und führten zu einem wirtschaftlichen Chaos in Deutschland und Europa."[iii] So ähnlich hat die NSDAP auch gegen den „Versailler Schandvertrag" agitiert, der die Zahlung der Kriegsreparationen von Deutschland an die Siegermächte festschrieb. Und ab 1933 war es dann in Deutschland ja auch mit dem Chaos vorbei, oder wie?

In einer Presseerklärung rechtfertigte bereits 1998 die Lobby-NGO „Germanwatch" ihre inhaltliche Ausrichtung: *„Von Abs lernen – diesen Slogan benutzen wir schon seit längerem"*. Was Abs „für Deutschland herausgeholt" habe, sei ein „erfolgreiches Modell". Hermann Josef Abs leitete bei der Deutschen Bank ab 1938 die Arisierung jüdischen Vermögens, war ab 1940 im Vorstand der IG Farben, ab 1941 Aufsichtsrat bei der IG Auschwitz, einer Tochterfirma der IG Farben und der SS zur Überausbeutung der KZ-Häftlinge durch Vernichtung durch Arbeit. Bei den Entschuldungsverhandlungen ab 1952 boykottierte der Antisemit Abs die Entschädigungszahlungen der BRD an Israel. So konterkariert die Erlaßjahr-2000-Kampagne unmittelbar die wichtige Arbeit des Bündnisses gegen die IG Farben und anderer, welche die längst überfällige Entschädigung für

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus fordern. Als das Freiburger Informationszentrum 3.Welt (iz3W) im August 1998 die Kritik an Abs beim Hauptinitiatoren der Erlaßjahr-Kampagne Jürgen Kaiser vortrug, rechtfertigte dieser den Bezug auf Abs mit dessen Rolle als vorbildlicher Chefunterhändler. Darüber hinaus sei ohne solche Persönlichkeiten keine Massenwirkung für die Kampagne zu erzielen. Klaus Milke von Germanwatch wörtlich: *„Um das politische Umfeld für unsere Forderungen positiv zu beeinflussen, müssen auch die politischen Entscheidungsträger für das Schuldenthema sensibilisiert werden. Wir wollen die Ent- und Umschuldung von 1952 ein Stück personifizieren, um noch mehr Aufmerksamkeit auf die eigene Vergangenheit zu lenken."*

Zumindest dieses Ziel haben die InitiatorInnen erreicht. Helmut Schieber, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, sprach sich auf dem Kölner Gipfel für einen Schuldenerlaß aus, da zahlreiche Länder ihre Schulden eh nicht zurückzahlen könnten. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Londoner Schuldenabkommen von 1953, in dessen Rahmen Deutschland nach dem Krieg in einer ähnlichen Lage Schulden erlassen worden seien. Über die Bedingungen und wirtschaftspolitischen Auflagen für einen Schuldenerlaß müsse jedoch noch gesprochen werden[iv]. Die InitiatorInnen der Kampagne jedenfalls feierten den Gipfel als großen Erfolg. Am 19. Juni 1999 demonstrierten in Köln 10.000 gegen den Weltwirtschaftsgipfel, am selben Tag wurde für die Erlaßjahr-2000-Kampagne eine Menschenkette um die Kölner Innenstadt gebildet. Und auf der Abschlußkundgebung der Demonstration eines breites linken Bündnisses unter Dominanz größerer NGOs sprach entsprechend ein Vertreter der Erlaßjahr-Kampagne neben fünf weiteren RednerInnen. Dies war auch kein Geheimnis, sondern auf Flugblatt und Plakat angekündigt. Es gab keine Störungen, keine Kritik. Wir hatten auf unserem Forum Antinational am 4. Juni die Kritik am positiven Bezug auf Abs vorgestellt, einige MitdiskutantInnen schilderten, wie stark die Erlaßjahr-Kampagne in die linken Bündnisstrukturen eingebunden worden war. Die Kritik wurde beim zwei Wochen nach dem EU-Gipfel stattfindenden WWG/G-8-Gipfel auf der dortigen Gegenmobilisierung von niemanden aufgegriffen. Das eine offen mit Antisemiten als Vorbilder kokettierende Kampagne bei einer internationalistischen Mobilisierung ohne Störung auftreten kann, ist ein Desaster. In der Medienberichterstattung nach der Demo kam fast nur die Erlaßjahr-Kampagne vor. Wir sind nicht auf die Anti-WWG-Demo gefahren. Wenn es einen antideutschen, linksradikalen Block gegeben hätte, der die Erlaßjahr-Kampagne offensiv kritisiert hätte, wäre das anders gewesen.

gruppe demontage, P.O.132, 20327 HH.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Sammelband von Willi Bischof/Irith Neidhardt (Hg.): „Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken".

---

[i] Anti-EU-/WWG-Info Nr. 8, April '99, Hg. Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln c/o Antifareferat im AstA der PH Köln.

[ii] zit. n. Moe Hierlmeier: Zur Kritik der ‚Erlaßjahr 2000'- Kampagne, in: BUKO (Hg.): kölngehen – Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus, 1999, Hamburg, Selbstverlag.

[iii] ebenda

[iv] FAZ, 19.06.1999

gierig.





Das Straßenfest im Schanzenviertel...

...wird es so wie bisher nicht mehr geben !?

Seit 1988 gehört das Straßenfest im Schanzenviertel zum festen Inventar dieses Stadtteils. Wir, ein Zusammenhang der in den letzten Jahren das Fest mitorganisiert hat, wollen mit diesem Text darstellen, weshalb wir unter den derzeitigen Bedingungen keine Vorbereitung mehr anstoßen werden. Wir wollen mit diesem Text einen Bruch in der Geschichte des Schanzenviertelfestes deutlich machen, einen Schlußpunkt der letzten Jahre setzen, vor allem aber eine breite Diskussion um die Zukunft und einen Neuanfang an den Start bringen.

Eins, zwei, drei... Die Entwicklung des Straßenfestes 1988 - 99

1989 machte noch eine eher kleine Schar von Leuten, in direktem Zusammenhang mit der Flora auf sich aufmerksam. „Rote Flora seit 11°° Uhr besetzt; Straßenfest" war auf den ersten Plakaten zu lesen. Etwa 400 Leute feierten in der Juliusstr. und das ganze wurde mit einer üblen Hauerei der Bullen und entsprechenden Reaktionen beendet.

Was als eher kleine und reine Szeneveranstaltung begann, wuchs mit den Jahren beständig an. Das Fest dehnte sich in die Susannenstraße, Bartelsstraße und sogar in die Schanzenstraße aus. Zunehmend mehr politische und soziale Initiativen aus dem Stadtteil beteiligten sich daran. Die Besetzung der leerstehenden Häuser im Laue-Komplex war eine ebenso liebgewordene Begleiterscheinung, wie spontane Agit-Prop Aktionen oder die unzähligen Flohmarktstände von AnwohnerInnen. Zum Standard wurde auch die Organisierung einer oder gar zweier Livebühnen. Wie von selbst wurde das Fest über diese Aktivitäten von Jahr zu Jahr größer.

Seit 1995 ging jedoch ein Wandel vonstatten. Zum einen reduzierten einige langjährige AktivistInnen ihr Engagement für´s Straßenfest, zum anderen begann eine Entwicklung, in der immer weniger Initiativen oder Gruppen sich an der Vorbereitung beteiligten. Gleichzeitig lösten sich viele traditionelle Stadtteilzusammenhänge auf. In dieser Zeit gewann auch ein theoretischer Ansatz an Bedeutung, der stadtteilbezogene Politikformen als antiquierten Autonomenquatsch abtat. Das politische Umfeld des Straßenfestes ist seither kontinuierlich abgbrochen, während das Konsumverhalten und entsprechende Stände zunahmen.

Diskussionsveranstaltung Über die politische Bewertung und die Zukunft des Schanzenviertelfestes

6.4.0 **19.^{30} Uhr** **Rote Flora**

Dennoch war es erstmal kein Problem, die Lücken von 1995 aufzufüllen. Es fanden sich immer noch viele Gruppen und Zusammenhänge, die sich selbst auf dem Straßenfest präsentierten. An der konkreten Vorbereitung und Arbeit jedoch wurde sich kaum noch beteiligt und größere Unterstützung erfolgte in erster Linie nur noch aus dem engeren Umfeld der Flora. Zwar erklärten sich nach wie vor Leute an einzelnen Punkten zur spontanen Hilfe bereit (das war natürlich auch toll und ohne sie hätte das Fest nie stattfinden können!), aber der Blick für das Ganze, die politische Verantwortung (wie keinen Hartalk oder kommerzielle Stände) und eben sehr viel Arbeit, blieb immer mehr an Einzelnen hängen. Zeitgleich wurden die verbliebenen AktivistInnen routinierter in der Durchführung des Festes. Einzelne Bereiche konnten häufig an GenossInnen wegdeligiert werden, die den damit notwendigen organisatorischen Rahmen bereitstellen konnten.

Bis 1996 wurde das Straßenfest außerdem offiziell angemeldet. Nun aber begann ab diesem Jahr eine Auseinandersetzung mit den Behörden und der Polizei, die sich bis heute fortsetzt. Aufgrund zunehmender Auflagen und zunehmenden Papierkrams wurde damals von einem breiten Kreis beschlossen, das Straßenfest ohne Anmeldung durchzuführen. Über AnwohnerInnenzettel wurde dies auch der Bevölkerung deutlich gemacht.

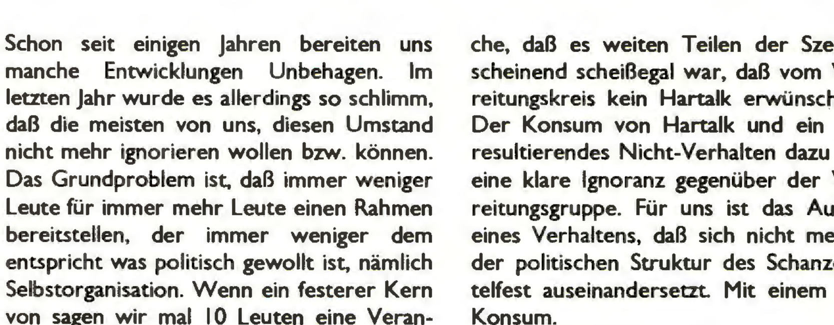
Diese Ankündigung führte zu panischen Reaktionen auf Seiten der Innenbehörde. Über mehrere Kanäle wurde angedroht, das Fest im Fall einer Nichtanmeldung zu räumen. Die Lerchenwache wiederum erbettelte eine formlose Anmeldung als Kundgebung, um nicht einschreiten zu müssen. Unter dieser Voraussetzung wurde einer Anmeldung als Kundgebung vom Vorbereitungskreis zugestimmt.
In den Jahren darauf veränderte sich allerdings die Situation im Stadtteil und die Auseinandersetzungen verschärften sich. Ihren Gipfel fand diese Auseinandersetzungen in Provokationen der Bullen vor und auf dem Straßenfest 1998 (zum Beispiel beim Plakatieren oder beim Aufhängen der Parkverbotsschilder). Trotz dieser Klima-

verschärfung ließen sich eigene Vorstellungen stets weitgehend durchsetzen. Wurden dennoch größere Auflagen erfüllt oder ähnliche Rückschritte hingenommen, dann war dies eher der eigenen Unentschlossenheit im Vorfeld geschuldet.

Das Viertelfest wurde unabhängig davon trotzdem immer umfangreicher. Allerdings definierte sich die Aufgabe des Vorbereitungskreises im Rahmen der Frage nach An- oder Nichtanmeldung neu. Im Vordergrund stand immer mehr die Beteiligung der AnwohnerInnen durch beispielsweise Flohmärkte und immer weniger eine eigene politische Bestimmung. Die Vorbereitungsgruppe schlug lediglich ein Zeitpunkt vor und erledigte die organisatorischen Arbeiten.

Insgesamt läßt sich die Stimmung in den letzten Jahren damit auf den Punkt bringen, das große Teile der Szene wie selbstverständlich davon ausgegangen sind, daß das Straßenfest stattfindet. AnwohnerInnen haben das Fest zunehmend als ihren Raum begriffen und die sich darin bietenden Möglichkeiten wahrgenommen. Eine eher kleine Gruppe von Leuten organisierte professionell den Rahmen. Für die meisten, die das Fest besuchten, bot sich das Bild einer Veranstaltung, die gut besucht, immer wieder von den angesagten politischen Themen begleitet und trotz ihres linksradikalen Ambientes weithin akzeptiert ist. Also eigentlich alles in Butter.
Leider stellte sich dieses Bild für uns jedoch anders dar.

Unser Unbehagen am Schanzenvergnügen



Schon seit einigen Jahren bereiten uns manche Entwicklungen Unbehagen. Im letzten Jahr wurde es allerdings so schlimm, daß die meisten von uns, diesen Umstand nicht mehr ignorieren wollen bzw. können. Das Grundproblem ist, daß immer weniger Leute für immer mehr Leute einen Rahmen bereitstellen, der immer weniger dem entspricht was politisch gewollt ist, nämlich Selbstorganisation. Wenn ein festerer Kern von sagen wir mal 10 Leuten eine Veranstaltung mit 20.000 BesucherInnen organisiert, dann läuft für uns etwas falsch und es ist für uns Ausdruck eines Konsumverhaltens insbesondere der Polit-Szene.
Eine solche Entwicklung hat dazu geführt, daß wir auf dem Fest immer weniger von dem Umsetzen was uns wichtig ist. Einige Beispiele:

- Hartalk
Schon immer waren wir versucht, den Konsum von Getränken mit Hartalk zu unterbinden, unter anderem, weil Hartalk aggressives Verhalten rapide verstärkt. Bisher hat es mal mehr, mal weniger funktioniert. In diesem Jahr aber waren Stände mit Caipirinia, Wodka-Lemon oder Tequilla so verbreitet wie nie zuvor. Stände, die darauf angesprochen wurden, ignorierten uns meistens einfach. Der Verkauf von Hartalk war dann auch prompt daran beteiligt, daß einige Leute auf dem Fest schlichtweg umgekippt sind und einige gar ärztliche Versorgung benötigten. Was uns aber am meisten schockiert hat, war die Tatsache, daß es weiten Teilen der Szene anscheinend scheißegal war, daß vom Vorbereitungskreis kein Hartalk erwünscht war. Der Konsum von Hartalk und ein daraus resultierendes Nicht-Verhalten dazu zeigen eine klare Ignoranz gegenüber der Vorbereitungsgruppe. Für uns ist das Ausdruck eines Verhaltens, daß sich nicht mehr mit der politischen Struktur des Schanzenviertelfest auseinandersetzt. Mit einem Wort: Konsum.

-Kommerzielle Stände
Ursprünglich war der Rahmen des Viertelfestes so angelegt, das lediglich politische Gruppen und Initiativen Getränke anbieten sollten. Nun war es natürlich schon immer so, daß Oma Krause und Imbiß Bohnsack ebenfalls Getränke verkauft haben. Solange ein bestimmter Rahmen nicht überschritten wurde, war und muß das auch OK sein. Mit den Jahren wurde von Privatleuten aber dazu übergegangen, palettenweise Dosen oder Flaschenbier anzuschaufeln, um eine schnelle Mark zu machen. Einige Leute brachten gleich ihre Soundsystems mit, um den Verkauf zu steigern. Wir bereiten das Straßenfest nach wie vor unkommerziell vor. Wir wollen weder das Marlboro-Werbung auf Sonnenschirmen, noch professionelle Imbißbuden, das Bild bestimmen. Niemand in der Vorbereitung verdient Geld. Wir haben absolut keine Lust, daß sich JungunternehmerInnen auf Existenzgründungstour aufmachen und in die eigene Tasche wirtschaften. Es ist insgesamt eine Schieflage zwischen unkommerziellem Anspruch und Realität entstanden, die nicht mehr überbrückbar ist. Sicherlich wurden um die
DM 400.000.- beim letzten Straßenfest im Schanzenviertel umgesetzt. Gastronomie und Imbisse profitieren extrem hiervon, fahren an diesem Tag Rekordumsätze ein. Einige Läden planen die Einnahmen sicherlich fest ein. Insbesondere Imbisse und Dosenbierstände verbreiten dabei Unmengen an Müll, während sich immer weniger Leute bereit finden, den Müll nach dem Fest wegzuräumen.

- Was tun, wenn es brennt?
Ruhe bewahren. Die alte Weisheit, mehr bleibt uns angesichts der mangelnden Beteiligung an der Vorbereitung auch nicht übrig. Weder ist eine Struktur auf dem Straßenfest vorhanden, die bei Hauereien einschreiten kann, noch eine, die Kommerzstände, provozierende Bullen oder Nazis vom Fest schmeißen. Alles ist sich selbst überlaßen und unser Spruch: „Greift ein - schaut nicht weg" ist mehr Hoffnung als Aufforderung.
Zugegeben, bisher sind größere Fiaskos ausgeblieben. Meist allerdings eher durch unser wegsehen, als durch entschlossenes Vorgehen. Wir sind aber nicht mehr bereit, ein Straßenfest zu organisieren, wo wir nicht mehr handlungsfähig sind. Diese Verantwortung(slosigkeit) wollen wir nicht länger tragen

Eine autonome Zone in bewegungslosen Zeiten

Nichtsdestotrotz halten wir das Schanzenviertelfest nicht nur für Scheiße. Im Gegenteil: Es ist einer der wenigen Punkte, wo autonome Stadtteilstrukturen sichtbar werden und radikale, politische Inhalte noch auf relevante, unzensierte Formen der Öffentlichkeit treffen.
Das Straßenfest ist als Institution fest verankert und in weiten Teilen der Bevölkerung ein Begriff, für viele Leute ein Ausdruck linksradikaler Kultur und Stärke. Vor allem aber, ob nun Viertelmythos oder Schnittstelle linksradikaler Inhalte mit dem Rest der Welt, ein störender Faktor in der aktuellen Stadtplanung.

Im Rahmen der Auseinandersetzung um die innere Sicherheit und die Zonierung der öffentlichen Räume, stellt das Fest einen Angriff auf die Konzepte der Kontrolle und Sicherheitspartnerschaften dar. Nach wie vor pflegt es die Tradition, eine Zusammenarbeit mit staatlichen oder städtischen Gremien zu verneinen, nicht nur als Entscheidung einer mehr oder minder bedeutungslosen Linken, sondern als anerkannte Form der Autonomie und Selbstorganisation im Stadtteil. Inhaltliche Brüche in der Drogendiskussion trugen zwar zur Kritik von Teilen der AnwohnerInnen bei, führten aber nicht zu einer Isolierung des Straßenfestes und der daran geknüpften Inhalte. Es ist damit gelungen ein differenziertes Bild des Stadtteils zu entwerfen: Die Abgrenzung von scheinbar "homogenen Viertelinteressen" (z.B. gegen Dealer, Müll, usw.)

und der Bezug auf klar linksradikale Positionen, ohne hier einen gesellschaftsverändernden Anspruch und die Auseinandersetzung mit AnwohnerInnen aufzugeben.
Auch für die Bullen ist das Straßenfest nach wie vor ein Risikofaktor. Zumindest für diesen Tag im Jahr scheint ihre unerträgliche Präsenz im Viertel gebrochen. Für uns stellt die Option, die ganze Kiste an die Wand zu fahren (so wie "1. Mai - Spaß dabei"), ein Faustpfand im "Gleichgewicht des Schreckens" dar.

Zusammengefaßt halten wir das Schanzenfest für eine nach wie vor notwendige und bedeutungsvolle politische Struktur. Diese Struktur aufzugeben wäre nicht nur schade wegen der damit verbundenen Party, sondern auch ein strategischer Fehler im Kampf um öffentliche Räume.
Es liegt wohl in der Natur der Sache, daß wir die Bedeutung vieler Dinge oftmals erst spüren, wenn wir sie verloren haben. Die STEG und der Gewerbeverein Schulterblatt würden sich wohl alle zehn Finger danach ablecken, selbst ein Straßenfest zu organisieren. Wir können uns bereits sehr gut vorstellen, wie dies aussehen wird: Ein Brei, alle gemeinsam im Schanzenviertel mit Polizeiorchester, Stadtteilmanager und Parteiständen. Visueller Ausdruck davon, daß die Kräfteverhältnisse im Viertel ein für allemal geklärt sind. Immer wenn wir uns dieses Szenario vorstellen, bemerken wir auch wieder unseren Unwillen und die Wichtigkeit, eigene Ausdrücke gegen die herrschenden Ordnung auf die Straße zu bringen.

Wo soll das alles enden ?!

Wir hoffen, es ist klargeworden, daß wir einen kulturellen, stadtteilorientierten Ansatz, der radikale Positionen einnimmt, nach wie vor für richtig halten. Dies ist für uns auf verschiedene Arten denkbar.

Am schönsten wäre es, das Straßenfest in seinem bisherigen Rahmen zu erhalten. Hierzu ist jedoch nicht nur eine Neubestimmung des Festes notwendig, sondern auch eine relevante Beteiligung der Politszene. Ohne einen wirklich großen Kreis an Leuten, die das Fest vorbereiten und Verantwortung darin übernehmen, wird es von unserer Seite aus kein solches Straßenfest mehr geben! Es liegt an allen, denen diese Struktur wichtig war und ist, diese neu zu beleben.

Eine Option wäre es zum Beispiel, das Fest zu verkleinern und nur noch auf dem Schulterblatt stattfinden zu lassen. Was uns zu aufgebläht und groß erscheint, läßt sich auch wieder kleiner machen. Vielleicht netter als vorher, mit wieder mehr Ausdruck unserer Inhalte.

Vielleicht machen wir aber auch gar kein Straßenfest mehr, sondern ein Picknick im Grünen oder einen kleinen Flohmarkt gegen Polizeideppen. Oder wir warten auf das erste Straßenfest der STEG und spielen 1. Mai mit Ringelpiez. Die Zeiten sind so unergründlich wie die Wege der subversiven Aktion.

Alle, die an mehr und weiterem interessiert sind, laden wir zu einer Diskussionsveranstaltung am 6. April 2000 um 19.30 Uhr in die Rote Flora ein. Dort wollen wir eine Diskussion darüber beginnen, wie und ob in diesem Jahr ein Straßenfest stattfinden soll. Wir sehen dieses Treffen nicht als Vorbereitungstreffen an, sondern als Diskussion, ob es überhaupt ein solches Fest geben sollte.

Eine Straßenfestcombo



Selbstkritik

Die Weihnachtsausgabe der Zeck überraschte uns mit einer kleinen stalinistischen Allmachtsphantasie. Eine Gruppe von „anna+arthur-fans" hielt es für notwendig, neben der Kritik an dem Verhalten einer Person während eines Anquatschversuches durch den VS (zum Geschehen vgl. Gedächtnisprotokoll zum Anwerbeversuch, Zeck 10/99) noch ein nebulöses P.S. ranzuhängen, in dem es heißt:

> „Gerüchteweise ist vernehmbar, daß auch bei anderen Organisations- und Bewegungshäuptlingen aufgrund ihrer patriarchal strukturierten Ignoranz und unseren leider hierarchisch geführten Politikansätzen zwischen Anspruch, theoretischem Selbstverständnis und der eigentlichen Praxis erhebliche Widersprüche und Lücken klaffen. Beenden wir diesen Spuk und fordern massive Selbstkritik und Veränderung dieser Zustände." (Aus: VS beim Milchkaffee, Zeck 85, Dezember 1999)

Nun ist es jeder/m unbenommen, Kritik an dem Verhalten einzelner zu üben. Daß ein Gespräch mit einem VS-Angehörigen nicht gerade sinnvoll erscheint, liegt auf der Hand und kann gerne noch einmal betont werden. Aber die VerfasserInnen zielen auf mehr; auf die allseitige Kontrolle, die beständige Legitimation und Transparenz des eigenen Verhaltens und die allfällige Unterwerfung. Denn ihre Kritik richtet sich auch an die ZECK, daß sie den Bericht über den Anquatschversuch ohne Kommentar abgedruckt haben. Die Redaktion hat richtig dazu geschrieben, daß sie es für möglich hält, daß ihre LeserInnen selber denken können. Aber genau hier liegt der Knackpunkt für die „anna+arthur-fans": sie glauben, diese schöne Eigenschaft besser durch allseitige Kontrolle ersetzen zu können.

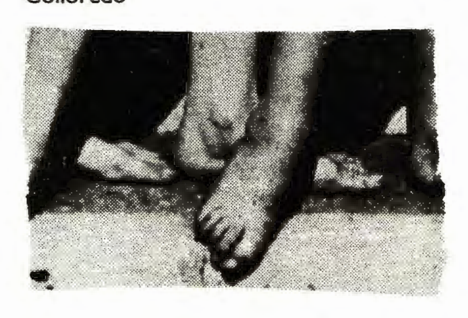
Die ZECK-Redaktion hat in ihrem Kommentar auch darauf hingewiesen, daß sie das oben zitierte P.S. am liebsten gestrichen hätte, da es nur von Gerüchten redet und auf nichts konkretes abhebt. Ich möchte diesen Gedanken weiterspannen zu dem Vorwurf, daß sich dahinter auch nichts konkretes verbirgt außer dem Wunsch, ein Machtticket zu spielen.
Bereits im Text selber wird dies deutlich, wenn die „anna+arthur-fans" schreiben, „einE SzeneHeldin" würde über die ZECK eine neue Form der Aussageverweigerung propagieren, aber im nächsten Satz betonen, die betreffende Person sei ihnen unbekannt. Dies wird durch die verwendete weibliche und männliche Schreibweise im Text noch unterstrichen. Ich vermute, daß sie wohl wissen, um wen es geht, sie sich aber hinter Unwissenheit zu tarnen glauben, damit ihr Angriff nicht als persönliche Attacke verstanden wird, sondern als allein dem Ideal des richtigen Prinzips (hier: Aussageverweigerung) verpflichtet. Wenn die Person unbekannt ist: vielleicht jemand, der/die ganz neu in der Szene ist? Oder alt und abgegessen? Verwirrt von der Situation? Unzählige Deutungen böten sich da an, warum jemand es für richtig halten mag, ein solches Gespräch zu führen (und es hinterher öffentlich zu machen!). Wieso dann aber „auch bei anderen tapferen Organisations- und Bewegungshäuptlingen" im Nachsatz? Rechnet ihr die betroffene Person diesem Kreis zu?

Die VerfasserInnen spannen in dem Nachsatz auch einen bunten Strauß von Gründen auf, warum irgendwie alles nicht so recht klappt. Wir müssen uns den oben zitierten Satz noch einmal deutlich vor Augen führen: Offenbar gibt es in der freien Veranstaltung Szene überraschenderweise Häuptlinge (ergo AnführerInnen o.ä.), die sich geschickt tarnen und wohl nur als HeuchlerInnen zu verstehen sind, weil a) unsere Politikansätze „leider" hierarchisch seien; b) die weder gewählten noch ernannten Häuptlinge patriarchal strukturiert seien und c) Lücken klaffen würden zwischen Theorie und Praxis. Diese Geheimnisse wurden angeblich gerüchteweise von den VerfasserInnen vernommen (hier kann es so richtig ins Kraut schießen: irgendeine Bettgeschichte? jemand ist im Spar-Markt der Neuen Flora gesehen worden? Hat Ortwin Runde die Hand geschüttelt? Die RevolutionswächterInnen werden es schon herausfinden) und wir lernen daraus: Die VerfasserInnen gehören nicht zu den Häuptlingen (denen sie aber ansonsten folgen, oder wird eine Palastrevolte vorbereitet?), das hierarchische bedauern sie und einen Widerspruch zwischen theoretischem Selbstverständnis und der „eigentlichen Praxis" gibt es bei ihnen nicht. Von daher glauben sie sich auch in der Position, das Ende des „Spuk" der HeuchlerInnen etc. zu fordern; das probateste Mittel hierzu erscheint ihnen die massive Selbstkritik.

An dieser Stelle kann ihnen nur ein dickes „NEIN" entgegengeschleudert werden. Der Nachsatz ist nichts weiter als eine kleine stalinistische Allmachts- und Kontrollphantasie. Vermutlich ohne auch nur die Spur Ahnung davon zu haben, was Selbstkritik bedeutet hat als wesentliches Element stalinistischer Herrschaftsausrichtung wird dieser Begriff in den Raum geschmissen. Glücklicherweise haben wir keinerlei staatliche Machtmittel, denn dann säßen jetzt so manche da und machten sich so ihre Gedanken, ob irgendwie sie gemeint sein könnten, die da so schwerwiegender Verfehlungen bezichtigt werden. Denn die Selbstkritik ist nicht, wie manche glauben, eine offene und ehrliche Art der Auseinandersetzung mit Fehlern, sondern - historisch informiert - eine kanonisierte Art der Unterwerfung.[1] Und diesem Mechanismus fühlen sich die VerfasserInnen offenbar verpflichtet. Denn es werden Andeutungen gemacht, der jetzige Zustand als „Spuk" bezeichnet, als etwas, was schon verschwinden wird, wenn die Geisterbeschwörer der Revolution ihre Riten praktizieren dürfen. „Spuk" steht nicht für ein begründetes oder nachvollziehbares Verhalten, sondern entspringt mystischen Vorstellungen. Eine Auseinandersetzung erscheint daher unnötig, allein der Exorzist wird gebraucht.
Auch die Aufblähung der Äußerung des Angesprochenen, die Flora sei politisch ein „Pups", zu einer politischen Denunziation gehört in die rhetorische Trickkiste der Kaltstellung. Nehmt es doch einfach als eine politische Meinung, über deren Gehalt sich sicherlich trefflich streiten ließe und nicht sogleich als Ausweis eines falschen Bewußtseins. Richtig schauerlich ist es den „anna+arthur-fans" auch, daß der Milchkaffee vom VS-Typen bezahlt wurde. Da braucht es zwar kein Aufhebens drum, aber irgendwie auch selbstverständlich bzw. aus der Situation heraus mehr als verständlich. Die Kritik muß doch vorher ansetzen, daß es wenig Sinn macht, mit einem VS-Typen zu plaudern und die Situation nicht adäquat abgeschätzt werden kann. Der Milchkaffee ist dann doch nur Nebensache und situativ verstanden mehr als logisch. Oder wäre das eigene Bezahlen des Milchkaffees Ausdruck der Verachtung gegenüber dem schmutzigen Geld des VS gewesen?

Es bleibt zu hoffen, daß der Einwurf der „anna+arthur-fans" als das genommen wird, was er ist: ein bedauerlicher Fehlpaß.

Colloredo



---

[1] Als Lesetip sei an dieser Stelle empfohlen: Georg Lukács/ Johannes R. Becher/ Friedrich Wolf u.a.: Die Säuberung. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek 1936. Hierbei handelt es sich um die Mitschrift einer mehrtägigen Sitzung der deutschen kommunistischen SchriftstellerInnen im Exil in Moskau 1936, in der sich gegenseitig fertiggemacht wird, kleinste Ungereimtheiten zu politischen Schwerverbrechen aufgebauscht werden und alle darauf bedacht sind, dem Klima der Unterwerfung und gleichzeitiger Denunziation zu entsprechen.

Programm 03 / 2000

Freitag, 3.März	epicenta 011: ital. Acoustic soundsystem (dancehall) „fire getting redder"	23 Uhr
Samstag, 4. März	Schulkerclub 71: Emu-Sound-Kollektiv. Erzeuger merkwürdiger Unwuchten Dub+Techno (basement); Lumiere obscure Lichtbildinstallation (first floor); eine Frühlingsstimmensammlung für DRUCK MACHEN	22 Uhr
Dienstag, 8. März	Dubcafé /Roots Commandment	18-23 Uhr
Mittwoch, 9. März	Veranstaltung zum Stand der Verfahren gegen die Verhaftungen in Frankfurt und Berlin (siehe Kurzmeldungen)	ca 19:30 Uhr
Freitag, 10. März	Demo für die Anerkennung der Rechte der NS-Zwangsarbeiterinnen, ab Handelskammer	12 Uhr
Freitag, 10. März	Solipunkfestival für das Libertäre Zentrum im Karo-Viertel mit Rio Bam, Snork, collided in shades, [illegible] Idiots & Antikörper anschließend Party mit diversen DJ's + Voku/Film/Spielfalle!	21 Uhr
Samstag, 11. März	HC-Konzert: Casandra (HH), calling gets dark (HL) +Überraschungsbands	21 Uhr
Dienstag, 14. März	Dubcafé [illegible]	18-23 Uhr
Samstag, 18. März	Soliparty für AZADI (kurdische Rechtshilfeorganisation) mit DJ [illegible], D-Hane (F), Oliver vom Silly Walks Movement (siehe Kurzmeldungen)	
Montag, 20. März	Vollmond Orchester	21 Uhr
Dienstag, 21. März	Dubcafé /ital acoustic Post – hc – konzert : mile maker	18-23 Uhr 21 Uhr
Freitag, 24. März	Antikriegstag (siehe Kurzmeldungen)	
Samstag, 25. März	Roots Reggae, Kingstep Hi-fi meets King Devil Sound	22 Uhr
Dienstag, 28. März	Dubcafé /ital acoustic	
Donnerstag, 6. April	Das Stadtteilfest im Schanzenviertel...wird es so wie bisher nicht mehr geben!! (siehe Artikel)	19:30 Uhr

...leider hat uns das komplette Monatsprogramm nicht erreicht, also Augen auf und achtet selbst auf Ankündigungen!!

Regelmäßige Termine

Montag..........Kochsession 18-22 Uhr, veganes Essen ab 20 Uhr
Montag..........offene Motorradwerkstatt schrauben und klönen ab 17 Uhr
Montag & Donnerstag..........Archiv der sozialen Bewegung 15-19 Uhr
..........Tel: 433007..........Fax: 43254754

Dienstag..........Dubcafé 18-23 Uhr
Donnerstag..........Kochkollektiv vegan ab 19Uhr
1. Freitag..........epicenta club ab 22 Uhr
1. Samstag..........Frühstück ab 11 Uhr